

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkaturen Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Wochenentnahmewert pro Quartal M. 1,50 (ohne Briefporto),  
bei Auslieferung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Schenckendorffstr. 56.

Sitz der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Postamt-Anstalten  
für die dreigeschossige Zeitzeile oder deren Raum 30 A.

Inhalt: Am Jahresende. — Alte Wahlen — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen, Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Berichte, Beiträge zum Lehrbuchswesen. — Zentralratssachen. — Vom Bau: Unfälle, Arbeitsschäden, Submissionslizenzen usw. — Polizei und Gerichte. — Berichterstattung. — Eingegangene Schriften. — Anzeigen. — Heftleiter: Skulpturen aus Beton.

vertreibt worden. Das die herrschenden Parteien im Reichstag stets derselben Meinung gewesen sind, ergibt sich aus dem Verlauf von Interpellationen und Anträgen der sozialdemokratischen Fraktion bei der Beratung des Staats des Reichsjustizamts und bei anderen Gelegenheiten.

Das Deutsche Reich, und ganz besonders Preußen, ist in allen Studien „in der Welt voran“. Dafür ist die Geiegebung auch in diesem Jahre eine Kette von Beweisen. Obwohl die materielle Not des Volkes schon lange zum Himmel schreit, antwortet die herrschende Gesellschaft mit neuen reaktionären Steuergefechten und hält fest an den Bößen und Grenzposten. Das Volk dürftet nach geistiger Freiheit, die preußische Regierung und „Volksvertretung“ antworten mit einem Schulgefecht, das den Zweck hat, der weiteren Volksverdummung Vorrich zu leisten. Entgegen der Forderung nach Erweiterung der politischen Volksrechte, der sich selbst Rückland nicht ganz entziehen kann, hält Preußen fest an dem Klassenzahlrecht, und in den „Republiken“ Hamburg und Lübeck hat man sich sogar nicht geheut, das bisherige Wahlrecht noch zu verschlummern. Dagegen haben weder die Einzelstaaten noch das Reich vermocht, Gesetze zu stande zu bringen, die geeignet sind, die materielle und geistige Wohlfahrt des ganzen Volkes zu heben und zu fördern. Alles von „Rechts wegen“. Das „geeinte“ Deutsche Reich hat in den 35 Jahren seines Bestehens nur großes geleistet in der Erregung von Unzufriedenheit nach innen und nach außen, und es ist wahrlieb an der Zeit, daß sich diese berechtigte Unzufriedenheit der großen Masse des Volkes zu einem kraftvollen und nachhaltigen Vorstoß verdichtet, um den herrschenden Klängel hinweg zu fegen, der sich nur stützt auf den Polizeiknüppel und auf die Bajonetten der Soldaten.

Die Arbeiterschaft in der Ausbreitung und Kräftigung ihrer Organisation zu hindern, ist der herrschenden Gesamt freilich nicht gelungen. Auch in dem abgelaufenen Jahre hat die Arbeiterbewegung, insbesondere die gewerkschaftlichen Organisationen, ganz weSENTLICHE Fortschritte gemacht; und wohl die meisten Gewerkschaften haben vermocht, für einen erheblichen Teil ihrer Mitglieder die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Mit den Gewerkschaften hat auch die sozialdemokratische Partei eine erfreuliche Stärkung erfahren, wenngleich leider immer noch sehr viele Gewerkschaften ihre Pflicht, sich politisch zu betätigen, nicht voll erfüllt und erfüllt haben.

Was speziell unsere Organisation, den Zentralverband der Maurer, betrifft, so zu konstatieren, daß er an der Vorwärtsbewegung der Gesamtorganisation starken Anteil hat. Seine Mitgliederzahl hat sich in dem zur Rüste gehenden Jahre durchschnittlich um etwa 25 000 vermehrt, von 165 000 auf 190 000; zeitweilig, in der Hochkonjunktur, bewegte sich die Zahl der Mitglieder um 200 000. Ende Junit, zum 15-jährigen Bestand des Verbandes, hatte der „Grundstein“ eine Ausgabe von 200 000 und Ende Oktober eine solde von 208 000 Exemplaren, die Jahresseminahme des Verbandes dürfte um etwa M. 500 000 (1905: M. 3125 000) gegen das vorige Jahr gestiegen sein. Aber auch die Ausgabe ist größer geworden, was angeht, daß sich von Jahr zu Jahr vermehrenden und verschärfenden Kämpfe um die Verbesserung und Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht verwunderlich sein kann. Alles für die Durchführung der Lohnbewegung sind in diesem Jahre rund M. 1 072 000, seines der Hauptlast verursacht worden, das sind rund M. 200 000 mehr als im Jahre 1905. Dabei ist zu bedenken, daß eine Reihe von Einzelsstreiks aus Mitteln der Lokalassem geführt werden.

Auflergewöhnlich große Kämpfe, wo im Einzelfalle mehrere tausend Kollegen in Frage kommen, hatten wir in diesem Jahre nicht; deßhalb langwieriger gestalteten sich mehrere Streiks und Ausperrungen in kleinen und mittleren Orten. Schon zeitig im Frühjahr, eigentlich noch mitten im Winter, spiegelten sich an einigen Orten die Differenzen so zu, daß Arbeitseinstellungen die unvermeidliche Folge waren. Immer häufiger versuchten auch die Unternehmer gerade zu dieser Zeit den starken Mann herauszuführen und für sich gute (für die Kollegen deßhalb schlechtere) Arbeitsbedingungen auf längere Zeit durch Androhung und Durchführung von Ausperrungen zu erzwingen. Diese so naheliegende Taktik wird von vielen unserer Kollegen noch immer nicht genügend gewürdig, obwohl wir wiederholt auf diese und andere Fehler bei der Prangriffnahme der Lohnbewegung hingewiesen haben.

Auf unsern eigenen Kämpfen erhoben einige große Ausperrungen und Streiks in den Nachbarländern unter größtes Interesse. So ist vor allem die Generalausperrung in Wien zu erwähnen, die mit einem großen Erfolg unserer Kollegen endete. Ferner der überaus heftige Kampf in Zürich und anderen hervorragenden schweizerischen Städten, der leider nicht überall zu Gunsten der Kollegen auffiel. Noch nicht zum Abschluß gelangt ist die schon mehrere Wochen dauernde Ausperrung in Budapest, wo das organisierte Unternehmertum die Arbeitsbedingungen verschlechtert und die Organisation der baugewerblichen Arbeiter austrotzen möchte. Die Kollegen in Österreich und der Schweiz sind uns Freude eng verbündet; ihr Sieg ist auch unser Sieg, und wir haben daher ein lebhafte Interesse an dem stetigen Fortschritt ihrer Organisation und der Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. Und nicht minderen Erfolg wünschen wir unseren ungarischen Brüdern wie auch allen tapferen Kämpfern.

Bei besonderen Aktionen, die unser Verband außer der Lohnbewegung durchzuführen hatte, dürfen wir mit Stolz erwähnen die Flugblattverbreitung, die in allen Gauen Deutschlands einen befriedigenden Verlauf nahm. Diese Agitation zur gründlichen Aufzettelung der Kollegenschaft wird auch in den folgenden Jahren wiederholt werden. Eine weitere allgemeine Agitation wurde im Spätsommer vorbereitet und zu Beginn des Herbstes in dem größten Teile des Verbandsgebietes durchgeführt; sie hatte zum Ziel die Propaganda für die Verkürzung der Arbeitszeit. Der mündlichen Agitation ging auch in diesem Falle die Verbreitung eines Flugblattes und einer Broschüre in Hunderttausenden von Exemplaren voraus. In denselben Versammlungen wurden die Pläne der Schärmacher im Arbeitgeberverband für das Baugewerbe, die auf umfangreiche Ausperrungen gerichtet sind, gebührend aufgedeckt. Unsere an den Versammlungen teilnehmenden Verbandsmitglieder haben mit Einstimmigkeit befunden, daß sie alles aufzubieten wollen, den Verband so zu stärken, daß er nicht nur allen Vorhören der Unternehmerorganisation standhält, sondern auch ferner in der Lage ist, die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hervorragend zu betreiben.

Nach alledem ist zu hoffen, daß auch im neuen Jahre alsbald die Kollegen allüberall mit frischem Mut in die Agitation eintreten und neben der Erledigung der Geschäfte für den Verbandsstag dafür sorgen, daß unsere Organisation, der Zentralverband der Maurer Deutschlands, wähle an Mitgliedern und jeglichen Machtmitteln, die ihn befähigen zum Hort der Maurer Deutschlands.

Herzlichen

Glückwunsch zum Jahreswechsel  
entbieten wir allen Mitgliedern  
des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands sowie allen Ge-  
nossen und Freunden.

Redaktion und Expedition des „Grundstein“. Der Verbandsvorstand.

## Am Jahresende.

Wieberum ist ein Jahr entwunden, reich an Misserfolg und Enttäuschung aller Art für das arbeitende Volk. Sowar hat die organisierte Arbeiterschaft auch in diesem Jahre, zum Teil mit großer Wucht, gekämpft um die Verbesserung ihrer Lebenshaltung und für die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleichberechtigung aller Menschen, trotz alledem ist sie aber nur um ein kleines vorwärts gekommen. Leider hat es das arbeitende Volk in seiner Gemeinfheit noch immer nicht verstanden, sich die ihm gebuhende Vertretung in der Geiegebung zu schaffen. Viele Tausende von Arbeitern und Handwerkern trauten noch immer mit der Vertretung ihrer Interessen die schlimmsten Feinde des Volkes: Junker und Großindustrie und deren Anwälte. Immer noch stehen die Regierungen unter dem schärfsten Einfluß dieser Ausbeuterklasse, die dem Volke nicht nur die notwendigsten Lebensbedürfnisse durch Zölle und Steuern verteuert, sondern es auch mit allen Mitteln von der Teilnahme an den Gütern der Kultur auszuschließen sucht. Und bei alledem betrieben die kapitalistischen Goldknäcke die böswilligste Hege gegen die Arbeiterbewegung; unausgegängt sind sie tätig, die gezeigenden Rörverschäften, Polizei und Gerichte zu noch schärferer Unterdrückung der arbeitenden Klasse zu veranlassen. Was auf diesem Gebiete bisher geleistet worden ist, spricht allen Beschreibung.

Die polizeilichen Maßnahmen zur Beschränkung der Arbeiterkoalition haben längst einen Stand erreicht, der jede Rechtsicherheit vermissen läßt. Man denkt nur an die Streitpostenverbote. Und die Urteile der Gerichte haben diesen Zustand wahrlich nicht verbessert. Kraße Klassenurteile, die „Drohungen“ und „Erpressungen“ in einfachen Mitteilungen über Differenzen und ihre Folgen „feststellen“, woran früher kein Mensch gedacht hat, sind an der Tagesordnung. Im preußischen Abgeordnetenhaus ist sogar ohne Scheu ausgeschworen worden, daß es Pflicht der Gerichte sei, im Interesse der herrschenden Gesellschaft Klassenurteile zu fällen, und von den Scharfmacherorganen unter der bürgerlichen Presse ist die Richtigkeit und Notwendigkeit solcher „Rechtsprechung“ noch besonders bestätigt und

## Um die Wähler!

Dem Wahlauskurs der bisherigen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion entnahmen wir folgende Sätze:

Die Weltlage ist so, daß ungeachtet aller Versicherungen ihrer Friedenssüchte, die die regierenden Herren bald bei dieser bald bei jener Gelegenheit abgeben, die Rüstungen zu Wasser und zu Lande immer gewaltiger werden, die Schulden und die Steuerlast der Nationen immer mehr wachsen und ein Gefühl der Bedingtheit wie vor dem Herausnehmen einer unglücklichen Katastrophe die Kulturböller immer stärker beehrt und sie nicht zum ruhigen Genuss der Freiheit ihrer Arbeit kommen läßt.

Die Sozialdemokraten haben die Politik, die zu solchen Resultaten führen mußte, von Anfang an bekämpft. Wir haben unausgesetzt verlangt und verlangen immer wieder, daß die Kulturböller statt in der Errichtung großer Armeen und Flotten und in der Erfüllung und Gestaltung der vollendeten Menschen-Gernichtsmaschinen, in den Werken des Friedens und der Zivilisation weiterseien. Die Erde ist groß und reich genug, um allen Glück und Wohlsein zu ermöglichen und sie zu einer Stätte friedlicher Wettbewerbs in den Werken der Kultur und Zivilisation zu gestalten.

Statt dessen sehen wir die herrschenden Klassen, die mit der Lofung: wer den Frieden will, muß für den Krieg sich richten, die Völkervereinigungspolitik zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft im Innern betreiben. Die Rüstungen zu Wasser und zu Lande dienen ihnen zur Bereicherung. Dabei hegen sie den hintergedachten, daß die Böller, die in beständiger Sorge und Angst vor dem eroberungs- und kriegslüsternen Nachbar gehalten werden, sich nicht der Verbesserung der sozialen Zustände zuwenden, wie sie es sonst könnten und sollten.

Diese vollständigende Politik, in der Deutschland heute den Ton angibt, haben wir bisher auf das entschiedenste bekämpft, wir werden sie weiter bekämpfen.

Die Auflösung des Reichstages hat vorerst das Volk davor bewahrt, die neuen Opfer kennen zu lernen, die seiner warten. Unsere Pflicht ist es, sie ihm vorzuführen, damit es bei den Wahlen seine Entscheidung zu treffen vermag.

Der Staat für 1907, der infolge der Auflösung nicht beraten werden könnte, heißtlich entschließt der oben charakterisierte Politik eine sehr erhebliche Erhöhung der finanziellen Kosten. Der Militärat fordert einschließlich der einmaligen und der außerordentlichen Ausgaben die Summe von rund 799 Millionen Mark, gegen das Vorjahr mehr rund 51 Millionen Mark. Es ist aber ein öffentliches Geheimnis, daß die Militärverwaltung noch weit höhere Ansprüche an die Finanzverwaltung stellte, weil sie meinte, sie sei in Absicht auf die kostspielige Lage des Reiches in den letzten Jahren zu bescheiden gewesen! Der Marinerrat fordert insgesamt rund 291 Millionen Mark, gegen 1906 mehr 24% Millionen Mark. Der allgemeine Friedenspensionsfonds fordert rund 108½ Millionen Mark, die mit Ausnahme von rund 2 600 000 Mark für die Zivilverwaltung ausschließlich für die Penitentiare in der Militär- und Marineverwaltung Verwendung finden. Die Reichsschuld erfordert an Zinsen im Jahre 1907 138½ Millionen Mark, mehr gegen 1906 über 9 Millionen Mark. Von diesen Zinsen

fallen über Dreiviertel auf Schulden, die für die Zwecke der Militär- und Marineverwaltung gemacht wurden.

An der traurigen Finanzlage des Reiches tragen sämliche bürgerliche Parteien des Reichstages die Schuld, da sie dem Reichstag ihre Zustimmung gaben. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß der neue Reichstag sich abermals mit der Suche nach neuen Steuern quellen befasst müssen.

Wir haben die seltene Überzeugung, daß dieser finanziellen Wirtschaftskrise nur gestoppt werden kann, wenn diejenigen Klassen, die als die Hauptträger des herrschenden Systems angesehen werden müssen, flüssig nach Maßgabe ihres Vermögens und ihres Einkommens zu den Reichstags herangezogen werden. Bisher wurde die dequate Methode verfolgt, die Laien des Reiches vorwiegend auf dem Wege der indirekten Besteuerung und der Zölle auf die notwendigsten Lebensbedürfnisse der großen Masse aufzuziehen. Diese hat bisher den Hauptteil der Reichsstädte getragen.

Unsere Vertreter im neuen Reichstag werden nach wie vor verlangen, daß die Kosten denen auferlegt werden, die sie am leichtesten tragen können und deren angeblicher Patriotismus sie veranlaßt, immer neue Mehrausgaben für Rüstungen und unproduktive Zwecke zu bewilligen, auf den eigenen Beutel aber den Daumen zu halten.

Wir fordern die Einführung einer progressiven Reichs-Einkommensteuer von allen, die über M 5000 Jahresinkommen haben, und eine progressive Einkommensteuer von allen, die mehr als M 50 000 Vermögen besitzen. Des weiteren fordern wir den Aufbau der Reichs-Gesellschaftssteuer, die statt der 86 Millionen Mark im Staat für 1907 mit Leichtigkeit mehr als das Sechsfache ergeben kann.

Wähler! An Euch ist es, durch Abgabe Eures Stimmen am 25. Januar 1907 dafür zu sorgen, daß die Träger der bisherigen Politik aus dem Reichstage verschwinden.

Die Zölle und Abwertungspolitik der Regierungen, geführt auf eine agrarische Mehrheit des bisherigen Reichstages, hat eine nie gelungene Erweiterung der Lebensmittel, insbesondere der Fleischversorgung, herbeigeführt. Diese Politik wirkt unseren Agrariern weit über 1000 Millionen Mark im Jahre in den Schoss, auf Kosten der nichtagrarischen Bevölkerung. Diese Politik bedeutet nicht nur eine Leitung in Permanenz, sie bedeutet steigende Leitung, weil mit dem Wachstum der Bevölkerung Deutschlands um ungefähr jährlich eine Million Köpfe die Lebensmittelergänzung im Reiche nicht gleichen Schritt halten kann. Während so die Großagrarier Riesenproste einheimisieren, für die Himmel vollen Geiger hängt, leidet die Not und das Elend in Millionen deutscher Familien ein, werden die Fleischportionen auf den Tischen unserer Arbeitnehmer, Kleinbürger und niederen Beamten immer kleiner, bis sie für Hunderttausende ganz verschwinden.

Die ständige Unterernährung von vielen Millionen Menschen mit all ihren Folgen, wie Abnahme der Körperfähigkeit und der Leistungsfähigkeit, häufige Krankheiten und frühzeitiger Tod, ist das Resultat. Daneben schneiden die Staats- und Gemeindebudgets durch die erhöhten Ausgaben für Armen- und Waisen-

lasten, für Kranken-, Siechen- und Gefangenanstalten aller Art, für die Ernährung von Heer und Marine zu in die Höhe. Und das bedingt wiederum Erhöhung der Steuern.

Aber nicht nur das Fleisch, sondern auch Brot, Butter, Eier und vor allem die Milch — die Hauptnahrung unserer Kinder — haben schon erhebliche Preiserhöhungen erfahren, und bereits sinnen die Leiter agrarischer Organisationen, wie sie weiter die Gunst der Umstände ausnutzen können, um den Armen und Niedrigen in Stadt und Land das Leben noch schwerer zu machen.

Könnt nun gar eine große Krise, so ist das Glend der Massen nicht zu ermessen, daß aus der Aufrechterhaltung unserer Agrar- und Polizeipolitik ersticht.

Wähler! Wollt Ihr die Hungerperiode der großen Agrarier nicht fernherin über Euren Häuptern und den Häuptern Eurer Familien geschwungen sehen, so wählt Vertreter, die die Auszehrungspolitik ein Ende machen möchtet. Sozialdemokraten. Horst mit den Lebensmittelwertern!

Die Sozialpolitik ist in den Sessionen des Reichstags von 1903—1905 gar lämmertisch gefahren. Die einzige „große Tat“, zu der die Regierungen sich aufgerafft haben, war der Gesetzentwurf über die Rechtschäßigkeit der Verunsicherung, und dieser Gesetzentwurf bietet unseren Arbeitern Steine statt Brot. Es ist der Ausdruck der denkar, reaktionären Arbeiterspolitik. Dafür zu sorgen, daß dieser oder ein ihm ähnlicher Entwurf in den nächsten Tagungen des Reichstags nicht Geschwore wird, ist eine der vornehmsten Aufgaben, die die deutsche Arbeitersklasse bei dieser Wahl durch ihre Stimmbürgere zu erfüllen hat.

Ein gesetzlicher Normalarbeitstag, der Heimarbeiterschutz, die Sicherung des Koalitionsrechtes, ein freies, eines Kulturstates würdiges Vereins- und Versammlungsrecht, das endlich auch die Ländarbeiter und die Frauen als gleichberechtigt anerkennt, die Erweiterung des Wahlrechts auf die Frauen, die Erweiterung, Vereinfachung und höhere Leistungsfähigkeit der Versicherungsgesetzgebung und vieles andere sind Forderungen, für deren Verwirklichung die Vertreter der Sozialdemokratie im künftigen Reichstage zu kämpfen haben werden.

Wähler Deutschland! Wir wissen, daß alles, was wir heute erreichen können, nur Stückwerk ist gegenüber dem, was erreicht werden möchte. Wir wissen, daß eine Reform von Grund aus eine durchgreifende Umnutzung unserer ökonomischen und politischen Zustände erfordert, daß volle Freiheit und Gleichheit der Menschen in Staat und Gesellschaft, die volle Anteilnahme an den Errungenschaften der Kultur auch für den letzten unter uns nur das Werk des festen Willens und der freien Einsicht der großen Mehrheit der Nation sein kann. Aber wir wissen auch, daß die Zustände, die heute herrschen und sich immer mehr zuspitzen werden, dank einer Einstellungsschwäche der herrschenden Klassen die Revolutionierung der Köpfe herbeiführen, d. h. die Einsicht und den Willen zur Umgestaltung der Gesellschaft auf sozialistische Grundlage schaffen. Die Not der Zeit lehrt die Menschen denken.

auf der Oberfläche erzeugen, die durch die feinsten, an einzelnen Stellen angesammelten Teilstücken gebildet werden. Verwendet man aber, um diesen Überstand zu verniedigen, die Masse zu trocken, dann füllt sie nicht vollkommen die Form aus, so daß sich nun erst recht ein ganz unzulängliches Resultat ergibt. Diese Mängel können auf verschiedene Weise vermieden werden, nur lassen sich keine allgemein gültigen Regeln aufstellen, man muß vielmehr probieren, mit welchen Mitteln man bei einer vorliegenden Betonart am weitesten kommt. Vor allen Dingen soll man den Beton nicht als Hauptmasse, sondern im wesentlichen als Bindemittel benutzen, das den Sand und Kies zu einer plastischen Masse zu vereinen hat. Je nach der Beschaffenheit der Probe wird man dann grobe oder feine Materialien zulegen müssen, etwa wie der Keramiker seinen Ton durch Zusatz von Sand, Ziegelstaub bzw. durch Zusatz eines besonders fetten Ton's magazier oder fettler macht — je nachdem es die Arbeit erfordert. Die Magaziermittel für Beton können von sehr verschiedener Beschaffenheit sein, sie werden vielfach auch von der beabsichtigten künstlerischen Wirkung abhängen; es ist hier gleichsam alles noch erlaubt — wenigstens für die Arbeit im Atelier — da wir tatsächlich auf diesem Gebiete über das Stadium des Experimenten noch nicht hinausgekommen sind. Eine originelle Methode, den künstlerischen Arbeiten den eigenartigen Charakter vom Alter zerstreuenden Gesteins zu geben, besteht z. B. darin, daß man den Sand selbst innen mit einer dünnen Schicht überzieht, die in der plastischen Masse die gewünschte Rauheit, Körnung usw. hervorruft.

Diese Vorstudien machen viel Arbeit und beanspruchen viel Zeit; hat man aber mit einer bestimmten Mischung und einer ausgetesteten Methode ein glänzendes Resultat erreicht, so kann man jedes Kunstwerk auf diese Weise reproduzieren und eine große Zahl gleichartiger Abgüsse erzielen. Selbstverständlich ist dies nicht der einzige Weg, künstlerische Effekte aus der Natur des Betons zu gewinnen, des Betonimitateils abzuleiten; wir können über jedenfalls aus dem Beispiel entnehmen, wie wenig angebracht es ist, eine elegante Statue aus einem Material anzufertigen, das gerade zu einer Nachbildung rauer, felsiger Struktur geeignet ist. Damit ist im Grunde schon die Bahn vorgezeichnet, auf der sich die künstlerischen Bestrebungen auf diesem Gebiete hauptsächlich bewegen sollten.

## Skulpturen aus Beton.

Von Fred Höbd. (Nachdruck verboten)

Während die vorzüglichsten Eigenschaften des Betons den Architekten und Ingenieuren allgemein bekannt sind, wie die außerordentliche Entwicklung des Betonbauteils in unserer Zeit aufs deutlichste beweist, ist die Verwendung von Beton für rein künstlerische Zwecke eigentlich noch nicht über die Entstehung hinausgekommen. Es werden allerdings seit langem für den Hochbau Ornamente und figürliche Arbeiten mannigfacher Art aus Beton gegossen, aber die Unterstützung der Bauarbeiten geht nicht nach denselben Prinzipien, wenngleich auch nicht nach derselben Technik, wie die Herstellung konstruktiver Teile — man hat sozusagen die künstlerischen Möglichkeiten und Effekte des Materials noch nicht ermittelt. Ich darf sogar sagen, daß man in allgemeinen einen ganz verkehrt Weg eingeschlagen hat, indem er die Raumenthaltung des Betonbaus, namentlich des Vorlandzements, zu überwinden trachtete. Schon das ist kein künstlerisches Prinzip — man wird die Grundzüge für die künstlerische Behandlung des Betons aus der Natur des Materials ableiten müssen.

Das Streben, den Skulpturen aus Beton eine möglichst glatte Oberfläche und eine heitere Färbung zu verleihen, ist wohl im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß den betreffenden Bildbauern die Arbeiten in Gips und Stuck vorschwebten; aber die weiße Färbung oder helle Tönung und die gleichmäßige feinfühlige Struktur ist wohl dem Guß eigentlich, widerstreitet aber der Natur des Betons. Erst in jüngerer Zeit haben einige Bildhauer und Kunstmalerwerke einen neuen Weg eingeschlagen; sie sagten sich, gerade die Raumenthaltung des mit Sand verfestigten Betons sei zur Erzielung gewisser künstlerischer Effekte geeignet; denn auch gewisse Natursteine zeigen eine derartig rauhe, löchrige Beschaffenheit, so z. B. verschiedene vulkanische Gesteine. Endlich führte die Beobachtung, daß der rauh verfestigte Beton eigentlich kaum die Bruchfestigkeit, die der rauh verwitterten Gesteine übertrifft, zur Nachbildung alter, vom Zahn der Zeit angegriffener Skulpturen, oder man gab auch modernen Arbeiten den Charakter alter Bildwerke. Es läßt sich nicht leugnen, daß verwitterte Steinreliefs und Skulpturen einen eigenen Reiz besitzen; und wenn es gerechtfertigt erscheint, modernen Bronzen eine künstlerische Patina zu

verleihen, so wird man auch Statuen von Stein durch künstliche Mittel mit gewissen Zeichen des Alters und der Verwitterung versehen dürfen. Bei Arbeiten in Naturstein sind allerdings gewisse gewaltsame Mittel zur Erreichung dieses Zwecks erforderlich, während bei Arbeiten in Beton dieser Effekt mit ziemlich geringer Mühe zu erreichen ist. Die glückliche Nachbildung eines Münchener Brunnens in Kunstein auf der bayerischen Jubiläumsausstellung und andere Betonarbeiten mit rauher, fast löcheriger Oberfläche auf derselben Ausstellung zeigten ungefähr, in welcher Weise man bildnerische Arbeiten aus Beton behandeln soll. Die Färbung ist nicht ganz zu verwerten, nur sollte man allein Färbungen wählen, welche die dunkle Tönung etwas mildern und das Material dem Steincharakter etwas näher bringen, ohne seine wahre Natur zu verschleiern.

Das Färben des Betons ist mit gewissen Schwierigkeiten verknüpft. Einige Farben wirken hemmlich auf ihn ein, indem den Farbtonen der Mischung verändern und unschöne Flecke ergeben. Andere Farbstoffe beeinträchtigen die Bindewirkung des Betons. Anderseits verändert auch die Sonne, der größere oder geringere Grad des Abhakens und Trockens bzw. auch der Grad der Feuchtigkeit die Färbung, ja sogar den natürlichen grauen oder grünlichen Ton. Auch auf die Art der Färbemethode kommt es an. Man wird bei Ver suchen finden, daß es bei manchen Mischungen vorteilhafter ist, die ganze Masse mit der Farbe zu durchtränken, während man in anderen Fällen gute Resultate dadurch erzielen wird, daß man die Farbe nur in dünner Schicht auf die Innenseite der Form bringt, in die man nun die Betonmasse giebt, oder einträgt. Auf diese Weise erhält das Arbeitsstück nur eine dünne Farbschicht, die sich während des Erhöhlens der Oberfläche mit dem Beton fest verbindet. Auf diese Art soll z. B. ein amerikanischer Künstler Mercer, höchst seltene Effekte erzielen.

Die Erzielung der sinnreichen Struktur scheidet von gewissen Zufällen abhängen, die noch nicht hinlänglich geklärt sind. Ost findet man, daß Teile der Masse, die neben die Form gegeben sind, eine ganz naturgetreue Steinstruktur aufweisen, während man sie in der Form nicht erreichen kann und die gefertigten Stücke eine falsche und unschöne Oberfläche erhalten. Die Masse nicht plastisch genug, so kann das Durchführen des Materials mit einem reichhaltigen Wasserquantum häufige Flecke



von Vertretern aller in dieser Branche beschäftigten Verbandskollegen einzuberufen." (Vgl. bereits in Aussicht genommen. Die Redaktion.)

**Hannover.** Der hiesige Zweigverein hielt am 4. Dezember im "Ballhofe" eine außerordentliche Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben der Kollegen Denecke und Arndt in der üblichen Weise gedenkt. Hierauf kam ein Antrag der Fliesenleger zur Beratung, ihnen die Bildung einer Sektion zu erlauben. Kollege Meißner führte hierzu folgendes aus: Die Fliesenleger seien bereits im Sommer 1905 an den Vorstand des hiesigen Zweigvereins zwecks Gründung einer Sektion herangetreten, durch verschiedene Umstände war es erst jetzt angebracht, weitere Schritte in dieser Sache zu tun. Soweit unsere Kollegen im Spezialgewerbe der Fliesenleger tätig waren, gehörten sie zwei Organisationen an, dem Zentralverband und der freien Vereinigung (Folalorganis.). Auch herrschte in großem Maße das Zwischenmeistersystem (diese Zwischenmeister sind sogar Mitglieder jener Sonderkünste), das zu einer schweren Schädigung der Fliesenleger führe. Nedner lädt noch weiter aus, daß es auch einen Teil einsichtiger Kollegen unter den Folalorganisierten Fliesenlegern gebe, der auch dieses System saß hätte. Durch die Agitation der Kollegen werde es möglich sein, auch diese zu überzeugen und unserem Verbande anzutreten; denn nur durch ein gemeinsames einheitliches Organisationsverhältnis könne entsprechend geleistet und zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen beigetragen werden. Ferner wies Nedner auf die Beschlüsse des Mannheimer Parteitages hin, durch die die Arbeiter verpflichtet worden, sich dem Zentralverbande anzuschließen. Hoffentlich lämen die Folalorganisierten Kollegen bald zu der Einsicht. Aus diesen angeführten Gründen sei es notwendig, um den Fliesenleger zu Hilfe zu kommen und die Organisationsarbeit vorwärts zu bringen, daß eine Sektion gewährt werde. Es wurde der Antrag mit großer Majorität angenommen. Zugleich referierte Kollege Meißner über den neu abgeschlossenen Lohntarif. Er führte aus: In wenigen Wochen ständen wir vor der Jahreswende, so auch vor der Erneuerung unseres Tarifs. Die Kollegenschaft trete heute zum zweiten Male in diesen Räumen zusammen, um über die in Zukunft anstehenden Löfne, sowie über das Wohl und Wehe der Maurer zu beraten. Im Jahre 1888 sei der erste Kampf geführt worden. Von 1888 bis 1898 sei der Organisationsgedanke unter den Kollegen nicht zu Füßen gekommen, bis im Jahre 1900 der Druck der Verhältnisse dazu zwang, sich aufzutun und zu organisieren. Von selbst sind die Hannoverschen Unternehmer im Baugewerbe nicht zur Einsicht gekommen, die traurigen, schlechten Lohnverhältnisse etwas zu verbessern. 1898 wurde in einem partiellen Streit eingetrete, um den in den Jahren 1890—92 bereits geschafften Stundenlohn von 45 s wieder zu erringen. Im Jahre 1900 kamen die am Orte arbeitenden Kollegen zur Besinnung, daß mit einem Stundenlohn von 45 s für eine Großstadt wie Hannover nicht auskommen sei. Es begann ein reges Leben, die Maurer stellten Forderungen an die Unternehmer. Diese liehen sich jedoch, wie die Unternehmer Hannovers nun einmal dafür bekannt sind, auf nichts ein. Infolgedessen beschlossen die Maurer den Streit. Man kann sagen, daß dieser Streit in recht einmütiger Weise geführt worden ist. Nicht allein der Stundenlohn ist erhöht, sondern auch die Anerkennung der Organisation wurde erzielt; ja, noch ein weiteres erreicht, daß bereits die Baubuden und Aborte, die hier in geradezu miserablen Verhältnissen vorhanden waren, Alles dieses beweist, daß das nur erreicht werden kann, wenn kein Kollege außer der Organisation steht. Von diesem Zeitpunkt ab kam die Erkenntnis der Hannoverschen Maurer, und es ging vorwärts. 1903 traten die Zimmeter wegen Richtberücksichtigung von 55 s Stundenlohn in einen Streit. Da verlangten die hiesigen Unternehmer von den Maurern, auf die Zimmeter einzutreten, daß diese wieder die Arbeit aufnehmen sollten; als dies nicht geschah, wurden sämtliche Maurer und Baubüroarbeiter ausgesperrt. Das gab der Kollegenschaft einen neuen Ansporn zum Zusammenhalt; wer von den Kollegen noch nicht fest mit den Bestrebungen der Organisation vertraut war, der ist es durch die siebenwöchige Ausperrung geworden. Erreicht ist ein 55 s Stundenlohn statt neunzehnhalbstündiger Arbeitszeit; die Erhöhung des Stundenlohnes trat stufenweise ein. Nachdem 2½ Jahre in der Vertragsperiode vergangen waren, regten die Kollegen in Versammlungen wiederholt an, in eine Lohnbewegung einzutreten. Am 27. März 1906 wurde dann in einer Versammlung beschlossen, an die Unternehmer zwecks Aufstellung des Stundenlohnes heranzutreten, und am 31. März 1906 wurde folgendes Schreiben an den Arbeitgeberverband als das Baumgewerbe gerichtet:

Der Zentralverband der Maurer Deutschlands (Zweigverein Hannover) hat bei seiner Mitgliederversammlung am 27. März d. J. durch eine Resolution zu erkennen gegeben, daß in Anbetracht der momentan schon sehr teuren Lebensmittel, welche in allernächster Zeit durch die Wirkungen des neuen Holltarifs noch eine weitere Steigerung erfahren werden, es eine dringende Notwendigkeit ist, durch Erhöhung des Stundenlohnes einen Ausgleich zu finden.

Der unterzeichnete Vorstand ist nun beauftragt worden, mit dem ländl. Vorstand des Arbeitgeberverbandes in dieser Frage in Verhandlungen zu treten.

Indem wir uns des geworbenen Vertrages hierdurch entledigen, eruchen wir, baldmöglichst eine Sitzung heranzutreten zu wollen.

Ihrer gesl. Antwort entgegensehend, zeichnet

Hochachtungsvoll  
Centralverband der Maurer Deutschlands.  
Zweigverein Hannover.

Auf Grund dieses Schreibens wurden wir zu einer Sitzung eingeladen; die Unternehmer gaben zu, daß die Verhältnisse während dieser Vertragsperiode sehr teure seien, da aber der im Jahre 1903 abgeschlossene Tarif bis 16. März 1907 Gültigkeit habe, müsse er auch gehalten werden. Auch sagten die Unternehmer, daß, wenn wir die Forderung durchsetzen, ein Vertragsbruch vorläge,

Unserseits würde darauf hingewiesen, daß es sich hier nur um eine Leitungssatzung handle; es half jedoch nichts, die Unternehmer lehnten sie ab. Nedner schuberte dann noch, daß von 1898 bis zum 16. März 1907, also in neun Jahren, 10 s erreicht seien, also nicht einmal ein ganzer Pfennig jedes Jahr. Am 28. November brachte der Hannover. Angeker einen Artikel, überzeichneten "Ein allgemeiner Bauarbeitskampf für das nächste Frühjahr in Sicht". Von wem der Artikel stammt, weiß Nedner nicht, glaubt aber nicht schlüpfen, daß er von der Arnswaldtstraße stammt und bestimmt ist, einmal auf den Busch zu schießen. Wir hatten keine Ursache, darauf zu reagieren. Das Chräterthäuse an diesem Artikel sei die Beweisung im letzten Saal von den wenigen angemeldeten Bauten, trotzdem ein gutes Baujahr schon jetzt feiste. Es wurde nun mehr in die Tarifberatung eingetreten. Der Vorstand gab bekannt, daß gemeinschaftlich mit der christlichen Organisation ein neuer Tarif ausgearbeitet, der Stundenlohn für Maurer auf 55 s und die neunstündige Arbeitszeit festgesetzt worden sei. Sämtliche Nedner waren der Meinung, daß ein Stundenlohn von 70 s gefordert werden müsse, da die teureren Lebensmittelverhältnisse diese Höhe forderten. Nach längerer Hin- und Herrede wurden schließlich die vom Vorstand gemachten Vorschläge angenommen. Ferner wurde beschlossen, die Befestigung des Maßregelungsbüros und die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises zu fordern. Die Abrechnung vom letzten Bergnügen ergab einen Überschuss von M 54,80.

**Stieheln.** In der Versammlung am 9. Dezember wurden zunächst die bisherigen Vorstandsmitglieder wieder gewählt. Den Bericht der Schlichtungskommission gab der Kollege Barthel. Er führte aus, daß bei dem Bauunternehmer August Haufe, dem der Bau der städtischen Badanstalt übertragen worden ist, Differenzen ausgebrochen wären, weil unsere Kollegen die Aufführung eines Ovens in der Baubude verlangten, worauf zwölf Kollegen entlassen und als Strafe für das Verlangen einer berechtigten Forderung auf die schwarze Liste gesetzt wurden. Die Schlichtungskommission erkannte an, daß die schwarze Liste zu Unrecht herausgegeben worden sei und sofort zurückgezogen werden müsse. Schadenserlaß zu zahlen, weigerte sich der Unternehmer, und wird sich damit noch das Gewerbeberechtigt zu beschäftigen haben. Der Kollege Stoffenberg hielt hierauf einen Vortrag über: "Organisation und die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine".

**Kahlia.** Mittwoch, den 5. Dezember, begingen unsere Verbandskollegen mit dem ganzen hiesigen organisierten Arbeiterviertel und den anliegenden Dörfern einen treudigen Abend. Um 8½ Uhr harrten ungefähr 500 organisierte Arbeiter des Juges, der uns unseren Kollegen Kahlia und Genossen Seidel aus dem Landgerichtsgefängnis Altenburg zurückbringen sollte. Diese beiden hatten dort einen Monat zu prüfen müssen, weil sie sich einer Expressung anlässlich der Mauererauspeckung schuldig gemacht haben sollten. Wer war dann es dem Volke verheiratet, wenn es anders darüber urteilte? Am Bahnhof wurde beiden von zwei Delegierten unter Begegnungsworten zwei Blumensträuße überreicht, dann ging es unter herzlichen Willkommenrufen der Menge durch die Straßen der Stadt nach dem Gewerkschaftslokal "Anfer". Es war ein imposanter Zug in zwangloser Unterhaltung, der selbst die höchsten Erwartungen der Delegierten übertraf. Das Lokal konnte die Menschen nicht alle lassen, deshalb muhten viele andere Lokale aufzutreten. Die Maurer nicht der ganzen Arbeiterschaft haben den Einwohnern Loblas gezeigt, wie man seine Kämpfer ehrt. Wirklich ein Fürst hätte auch nicht mehr geehrt werden können. Hoffentlich war es ein Strohfeuer, das die Kollegen und Genossen befiehlt. Denn immer und immer wieder müssen wir uns die Worte ins Gedächtnis rufen: "Vereint sind wir alles, vereint sind nichts". Darum Kollegen, "immer vorwärts", muß stets unsere Lösung sein!

**Landsberg a. d. W.** Am 9. Dezember lagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, die ziemlich gut besucht war. Als erster Vorsitzender wurde der verunglückte Kollege P. Gierich einstimmig und, als Kassierer Kollege F. Schubotz wieder gewählt. Es fand dann noch ein Fall zur Sprache. Am Bau des Unternehmers H. Möller in der Kühlstraße ist eine ganz unvordrissmäßige Baubude. In dieser Bude hatten die dort beschäftigten Kollegen schon neun Wochen mit vollster Zufriedenheit gearbeitet. Als nun einige ausgewählte Kollegen dort in Arbeit traten, verlangten sie energisch Abbau vom Unternehmer, was ja auch ihr gutes Recht ist. Sie meldeten dies gleich dem Vorsitzenden, der den Unternehmer Möller aufforderte, innerhalb dreier Tage eine vordrissmäßige Bude herzustellen. Da nun die blauen Polizisten dort auf dem Bau die Kollegen gefährlich zu sein schienen, wurden sie nach einem anderen Bau versetzt und schließlich entlassen. Und nun hausten die so recht geduldigen Kollegen ruhig in dieser Bude weiter; einige sollen sogar den blauen Polizisten und dem Unternehmer gegenüber ihre volle Zufriedenheit mit der Bude ausgedrückt haben. Als sie nun in der Versammlung zur Rede gestellt wurden, sagte Gottlob: "Wenn Otto nicht sagt, segge ich ob, nicht!" Es wurde ihnen aber in ganz gebührender Weise klar gemacht, daß sie als organisierte Kollegen die verfluchte Bude und Schubotz hätten, ihr gutes Recht zu fordern und sich nicht als "Dudmäuer" vor dem Unternehmer oder vor den blauen Polizisten zu zeigen.

**Ketzing.** Die hiesigen Stadtbücher hielten am 14. Dezember im Volkshaus eine Versammlung ab, die gut besucht war. Nach der Kontrolle der Mitgliedsbücher gab Kollege Müller Bericht über seine Tätigkeit. Hierauf wurde fast einstimmig als Sektionsleiter wiedergewählt. Bei "Innere Vereinsangelegenheiten" entspann sich ein sehr schwere Diskussion über die Maurer, die immer noch Habitsarbeiten bei den Maurermeistern zum Stundenlohn von 85 s ausführen, da doch für Habitsarbeiter ein Stundenlohn von 55 s erreungen sei. Der Sektionsleiter wurde beauftragt, diese Angelegenheit mit der Leitung der Maurer zu regeln. Mit einem Appell an die Kollegen, sich der politischen Organisation anzuschließen, wurde die Versammlung gelöst.

**Museulwitz.** Die Sonntag, den 16. Dezember, hier abgehaltene Versammlung beschäftigte sich mit der Wahl eines Delegierten zum Verbandsstag. Nach langer-

Debatte wurde der Vorsitzende beauftragt, mit den zur Wahlabteilung gehörigen Zweigvereinsvorständen in Verbindung zu treten betreffs Aufstellung eines Kandidaten. Mit scharfen Worten geißelte Kollege Kürze den im Reichstag zur schwersten Schädigung aller Organisationen eingebrochenen Gesetzentwurf, betreffend gewerbliche Berufsvereine, und fordert auf, hiergegen energischen Protest zu erheben. Ferner wurde beschlossen, den Voltauszug von 5 s pro Woche zur Bedeutung der Kartellbeiträge und der "Grundstein"-Kolportage auch während des Winters zu erhöhen; hierzu sollen die vorhandenen Kartellmarken verwandt werden.

**NB.** Die Kollegen werden ersucht, für einen besseren Besuch der Versammlungen zu sorgen. In einer so begrenzten Zeit sollte man meinen, daß jedem Arbeiter das Interesse am öffentlichen Leben mit der Sorge und Hungerseite eingepaßt würde.

**Rosien.** Sonntag, den 9. Dezember, tagte im Gasthof zu Augustusberg die erste Versammlung der neu gegründeten Bahlstelle, um die nötigen Beschlüsse zu fassen und die Wahlen vorzunehmen. Die "Grundstein"-träger sollen in der bisherigen Weise entschieden werden, wie es in Dresden üblich ist. Für Agitation oder sonstige Arbeiten, die außerhalb des Wohnorts gemacht werden müssen, sollen außer dem Stundenlohn für den Tag M 2 Auslösung bezahlt werden, für den halben Tag die Hälfte. Den Neuwählten sollen 50 s vergütet werden und dem Vertrauensmann vierteljährlich M 20. Vier Männer sollen das Geld anlegen, und zwar so auf den Namen von vier Kollegen soll das Geld angelegt werden, und wenn Geld geholt wird, sollen zwei Kollegen Vollmacht dazu geben. Damit die Bahlstelle nicht etwa eröffnet wird, sollen dieses Jahr fünf "Grundstein"-marken gelegt werden. Zu der bevorstehenden Auseinandersetzung im Jahre 1908 wurde ebenfalls Stellung genommen und beschlossen, dem Verbandsstag hierzu folgende Anträge zu unterbreiten: Im Jahre 1907 werden in der Zeit vom 1. Mai bis 1. Oktober 20 Woden hindurch doppelte Beiträge erhoben. Ferner sollen eine achte und neunte Beitragsklasse geschaffen werden, doch soll es, wie bisher, den Orten, wo eine längere Arbeitszeit eingeführt wird, gestattet sein, nur den zehnten Teil des Tagelohnes als Beitrag abzuführen. Zum Schluß wurde noch bekannt gegeben, daß die Bahlstelle auf 179 Mitglieder angewachsen ist.

**Nowawes.** Der hiesige Zweigverein hielt Sonnabend, den 8. Dezember, eine regelmäßige, gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende gab zunächst bekannt, daß jetzt die Verbandsbücher zur Kontrolle eingegeben werden; die Kollegen, die noch mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, würden deshalb ihrer Pflicht als bald nachkommen. Hieran wurde beschlossen, die beiden kranken Kollegen Faust und Groß mit je M 30 zu untersetzen. Alsdann entnahm sich eine lebhafte Debatte über die Kollegen, die am Schulbau in Neuendorf pünzen und die tarifmäßige Arbeitszeit von sieben Stunden nicht innehalten. Es wurde vom Vorsitzenden darauf hingewiesen, daß eine am 22. November in Berlin abgehaltete gut besuchte Versammlung der Bauger. u. a. beschlossen hat, den Tarif der Maurer unverzüglich, wie in Nr. 38 des "Grundstein" in dem Bericht zu lesen ist. Die anwesenden Kollegen, die hier am Schulbau pünzen, erklärten, von jetzt an den Tarif strikte Einzelheiten zu wollen. Ferner wurde den Kollegen von uns, die in Berlin und den Vororten pünzen, ganz besonders ans Herz gelegt, ebenfalls dem Berliner Beispiel zu folgen, um eine längere Arbeitszeit eingeführt wird, gestattet sein, nur den zehnten Teil des Tagelohnes als Beitrag abzuführen. Zum Schluß wurde noch bekannt gegeben, daß die Bahlstelle auf 179 Mitglieder angewachsen ist.

**Nürnberg.** Die hiesigen Fliesenleger hielten am 11. Dezember eine allgemeine Versammlung ab. Sie beschäftigte sich wieder einmal, wie schon so oft, mit der Firma Eyerle. Diese will unter keinen Umständen den von allen übrigen Unternehmern anerkannten Tarif unterstützen. Der Organisationsvertreter gegenüber äußerte sich den Unternehmer, daß ein "vermünftiger" Mensch den Tarif nicht unterzeichne. Die übrigen Firmenhaber stehen also Herrn Eyerle an Vernunft weit nach; wir glauben natürlich das Gegenteil. Schließlich wurde einstimmig beschlossen: "Da sich Herr Josef Eyerle nicht in allen Punkten nach unserem Vertrage richtet, wird über sein Plattenbelagsgeschäft, Biegelgasse, hier, die Sperr verhängt." Gleichzeitig versperrten sich alle Kollegen, für die Durchführung der Sperrung einzutreten.

**Osnabrück.** Am 9. Dezember lagte unsere Mitgliederversammlung, die gut besucht war. Es entnahm sich zunächst eine Debatte über das Protokoll der letzten Versammlung, wonach der Vorsitzende geagt hat, daß die Kollegen auf der Georgsmarienhütte Überstunden arbeiten. Dies wurde auch bestätigt und das Protokoll durch Beschluss genehmigt. Dann wurde berichtet, daß der Hölschloßierer Hesse Osnabrück verlassen habe, ohne mit dem Arbeiter abgerechnet zu haben. Außerdem bat der ungerechte Mensch in den Büchern einiger Kollegen noch Autogramme abgestempelt, und keine Warten geliebt, aber das Geld dafür eingekettet. Es wurde beschlossen, die Bücher einzuziehen und dem Hauptvorstande zur Regelung einzuführen. Beschluss wurde, die Tannenbaumeister in diesem Jahr zum letzten Male zu veranstalten, weil der Saal stets überfüllt ist. Die Wahl eines Delegierten zum Verbandsstage wurde bis zur nächsten Versammlung verlängert. Die Kollegen werden ersucht, für einen guten Besuch der nächsten Versammlung zu sorgen.

**Berna.** Mittwoch, 5. Dezember, tagte hier eine gut besuchte Maurerversammlung mit der Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu den Zuständen in den Belluhöfen; 2. Gemeinschaftliches. In einleitenden Worten geißelte Kollege Frieder die Schäden der übermäßig langen Arbeitszeit, die beim Kocherfugen von 80 bis 48 Stunden dauert. Es entspann sich hierzu eine sehr lebhafte Debatte, da es etlichen Kollegen absolut nicht paßt, daß eine Wechselseite eingeführt wird. In geheimer Abstimmung wurde mit 22 gegen 7 Stimmen be-

schlossen, daß das Hochmauern in Schichten eingeteilt wird und jede Schicht nicht länger als zehn Stunden dauern darf. Auch wird ein Bußtag für jede Schicht von 10 h pro Stunde gefordert, daß die Arbeit besonders gesundheitsförderlich ist. Die Ruhepause wurde auf acht Stunden festgelegt. Es wurde eine Kommission von drei Kollegen gewählt, die die Forderungen dem Unternehmer unterbreiten soll. Auch wurde beschlossen, bei dem Hochmauern vom nächsten Tage ab nicht länger als zehn Stunden zu arbeiten. Für einen schon sehr lange franzosen Kollegen wurde ein 20 aus der Ruhetaufe bewilligt.

**Pleschen.** Sonntag, den 9. d. M., tagte hier eine öffentliche Versammlung. Die Tagesordnung lautete: „Die Lage im Baugewerbe, und wie verbergen wir sie.“ Kollege Moh aus Freiburg, der zu diesem Konsortium übernahm, schilderte in einem mehr als einstündigen Vortrag die Lage der hiesigen Maurer und Zimmerer und begrüßte es mit Freuden, daß endlich auch hier der den Kollegen es hell geworden ist und der Wunsch hervorbringt, sich zu organisieren. Leider mußte konstatiert werden, daß es aber auch die höchste Zeit dazu war, denn zu derselben Zeit, wo sich Kollegen für unseren Verband erklären, waren auch die Bassen bereit, ins Feld zu ziehen, um eine ähnliche Organisation zu gründen. Leider war auch das Bemühen dieser Herren von Erfolg geprägt, und mit haben lebten zu verzögern, daß sich eine ganze Anzahl Leute dafür erklären, dem polnischen Verbandsverein beizutreten. Ob die Vergeßlichkeit für diesen Verein oder handhaben wird, bleibt abzuwarten. Es waren in unserer Versammlung auch eine ganze Anzahl Kollegen von der politischen Organisation erschienen, die sich nach der Versammlung sofort unserem Verbande anschlossen. Der Referent wies ferner darauf hin, daß, wenn wir für kurze untere Lage nur eingeschränkt verbergen wollten, was hier in Pleschen absolut dringend notwendig wäre, die Kollegen von hier alle Kräfte daran setzen sollten und den letzten Mann unserer Organisation zu führen müßten, denn nur in geschlossenen Reihen würden es die Maurer und Zimmerer wagen können, sich mit dem hiesigen Unternehmertum in einen Kampf einzulösen, was allerdings bald geschehen müßte; denn lange genug habe das Pleßener Unternehmertum mit den Arbeitern Schwierigkeiten gebreitet und immer die Löhne so zu legen gewußt, daß es mindestens fast als eine Unmöglichkeit erscheint, davon zu profitieren. Das Unternehmertum aber wisse ganz gut, daß es nur immer mit dem einzelnen Arbeiter zu rechnen hätte. Zum Schluß verbrachten auch die Kollegen, die im Winter vorzunehmende Hausagitation recht energisch zu betreiben, um unsere Organisation festsitzfähig zu gestalten. Mit großem Beifall wurde der Vortrag des Kollegen Moh entgegengenommen. Nach einem fröhlichen Schlußwort des Referenten wurde die Versammlung geschlossen.

**Nitschow.** Mittwoch, den 12. Dezember, tagte hier eine Mitgliederversammlung. Kollege Paul aus Dresden referierte über die Rechtsfähigkeit der Verbandsvereine. Dann wurde eine entsprechende Resolution angenommen. Hierauf gab der Vertrauensmann das Reitertum der Bauteilekonferenz bekannt, woran sich eine recht angeregte Debatte anschloß. Weiter wurde berichtet, daß gegen den Bauaufseher Mühlstädt aus Mühlberg Anzeige an die Amtsgerichtsbehörde Großenhain wegen Vergehen gegen die Arbeitschutzbestimmungen erstattet worden ist. Es wurde noch beschlossen, den Bau des Fahrtrahlers Nohl in Zeithain, Bauaufseher Mühlstädt aus Mühlberg, wegen Lohnuntersetzungen zu sperren. Alle organisierten Kollegen werden hiermit aufmerksam gemacht, daß auf diesem Bau keine Arbeit anzunehmen, bis die Sperre aufgehoben ist.

**Stuttgart.** In zahlreich besuchten Versammlungen der Maurer, Zimmerer und Steinmacher am 30. November wurde beschlossen, den Tarif zu kündigen. Die Versammelten gaben dem Gedanken Ausdruck, daß sich der Baugewerbeverein bereit finden lasse, mit der Kommission einen neuen Vertrag festzulegen. Da die Forderungen der Arbeiter den Unternehmern längst bekannt sind, bedurfte es der Einreichung neuer Forderungen vorerst nicht. Folgende Resolution, die am 1. Dezember dem Baugewerbeverein übermittelt wurde, fand einstimmige Annahme: „Die gestern Abend hier tagende Versammlung der Maurer, Steinmacher und Zimmerer haben beschlossen, den mit ihrer Organisation unter 18. Mai 1905 abgeschlossenen corporativen Arbeitsvertrag zu kündigen, was hiermit geschieht. Der Grund, der uns hierzu veranlaßt, ist lediglich darin zu suchen, daß die jetzt bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht mehr den Ansprüchen einer Großstadt wie Stuttgart genügen. Demeritieren wollen wir, daß wir gern bereit sind, einen neuen Vertrag mit Ihnen abzuschließen, fügen aber auch gleichzeitig hinzu, daß wir von denselben wesentliche Verbesserungen unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen erhoffen. Auch an die unorganisierten Unternehmer ist eine solche Mitteilung ergangen.“

**Taucha.** In der am 9. Dezember abgehaltenen Versammlung gab der Gewerbeberichter, Kollege Nierger, einen ausführlichen Bericht über den Stand der Gewerbeberichter. Hierbei streift er die noch vorhandenen Mitgliedschaften kurz. Nachdem er aus seiner Tätigkeit einiges berichtet hatte, erklärte er noch den Gang einer Klage. Der Redner und auch der Vorstand tadelten bei dieser Gelegenheit das interesslose Benehmen der Tauchaer Maurerfirma, die bei der Gewerbeberichterstattung nur in einer Stärke von 63 Mann als Wähler mitgewirkt hätten. Bei der Neuwahl der Verwaltung erklärte der Vertrauensmann Röther, daß die gesamte Verwaltung ihre Amtserfolge niedergelegt. Es entspann sich nun eine lebhafte Debatte über die Erlebnisse in diesem Jahre mit Leipzig. Erst als die Verhandlung ihre vollständige Synkopie für die Verwaltung ausprach, ließ sich die bisherige Verhandlung dazu bewegen, auf ein Jahr in ihre Amtserfolge zurückzuführen. Der Vertrauensmann widerlegte danach die falsche Behauptung, daß die Lehrlinge der Kollegen die Versammlungen nicht besuchten. Es wurde festgestellt, daß sie in der letzten Zeit sogar stärker als die Tauchaer Maurer vertreten waren. Als im vorigen Sommer mehrere Viehmänner Kollegen in Eilenburg arbeiteten, fragte sie der dortige Vertrauensmann Leipzig bei der Arbeit, ob sie nicht anderswo Beschäftigung finden. Die Viehmänner Maurer hatten aber noch mehr zu ertragen; denn eines Tages hatte man dem einen Kollegen einen faulen Sack zerstochen, während man einem anderen einen Fahrradschlüssel zerstochen hatte. Die Versammlung sprach ihre Entzürfung hierüber aus.

**Teterow.** Sonnabend, den 15. Dezember, tagte eine außerordentliche Mitgliederversammlung des hiesigen Zweigvereins. Kollege Schröder aus Gr. Woden sprach über die Aufstellung eines Delegierten zum neunten Verbandsitag. Um es zu vermeiden, daß sich in unserem Lohnbezirk mehrere Delegierte gegenüberstehen und die Stimmen gesplittet werden, wurde beschlossen, einen Kollegen aus Gr. Woden aufzustellen. Als Kandidaten für die Delegation zu dem außerordentlichen Gewerkschaftstag, Bau Lübeck, wurde der Kollege Maud aufgestellt. (Die Wahlen hierzu haben sich inzwischen erledigt.) Nachdem so darauf aufmerksam gemacht worden war, daß sich sämtliche Kollegen recht rege an der Reichstagswahl und ebenfalls an den Vorbereitungen hierzu beteiligen möchten, wurde die Versammlung geschlossen.

**Tilsit.** Der hiesige Zweigverein hielt Sonntag, den 9. Dezember, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Kollege Myglas sprach über das Sozialistengesetz „Seligen“ Angekündigt und das in Aussicht stehende Anti-Gewerkschaftsgesetz, ferner über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung und die Leistungsfähigkeit einer starken Organisation. Seine anderthalbjährige Rede wurde von den Kollegen mit Beifall aufgenommen. In „Vergleichenes“ wurde vom Kollegen Myglas auf die Vergangenheit verwiesen. Die Kollegen in Tilsit werden es noch nicht verfehlt haben, daß im Frühjahr dieses Jahres ein Büstenprediger mit einer Reisefestschrift voll Weisheit in Tilsit erschien. Die Kollegen witterten sofort in diesem Gesellen einen verbündeten der Unternehmer, der sich nebenbei von Arbeitgebervereinen ernährt. Dieser „Organisator“ kam in Tilsit schlecht zu rede, denn er zog sich mit einer langen Rase nach Königsberg zurück. Dort kämpft er in dem gelben Blättern, so sich „Baugewerkschaft“ nennt und sich so „Schöne (zu)“ erwischen lässt. Das in dem roten Tilsit nichts für ihn zu holen sei, wurde dieser Patron ganz genau, da in Tilsit alle Kollegen im Generaltarif organisiert sind. Über diese „Christen“ sind gewöhnlich aufseren Erörterungen zu schmarotzen. Kollege Myglas hat von den „Sandmanns-Christen“ 36-Mann dem Centralverband zugeführt. Sie behaupten, daß sie mittels Terrorismus der Firma Sandmann & Lauffer in Königsberg unter Mithilfe von Schönläufen und Genossen im Streikbrecherhand festgehalten wurden.

**Waldbrode.** Am 8. Dezember hielt der Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Es wurde eine Lohnkommission gewählt, die einen Lohntarif aufzuarbeiten und den Unternehmern aufzustellen soll. Dann wurde der schlechte Versammlungsbefund kritisiert. Wir haben hier einen Kollegen, der ein volles Jahr an unserer Verein gehörte und noch in seiner Versammlung erschien. Es wurde vom Kollegen Branger der Antrag gestellt: Wer in drei Versammlungen hintereinander fehlt, soll in Strafe genommen werden. Der Antrag wurde ange nommen. Dann wurde die Beerdigungsfrage noch erwähnt.

**Werdau i. S.** Am 16. Dezember tagte im Restaurant „Feuerzeug“ unsere diesjährige Generalversammlung, die besser beißt als sonst, als es der Fall war. Die Tagesordnung wies sechs wichtige Punkte auf. Kollege Seidel erhielt den Bericht vom Kartell; am 6. Januar findet eine Generalversammlung der Kartelldelegierten statt. Als Vertrauensmann erhielt Seidel auch den Jahresbericht, er nannte das verflossene Jahr das beste von allen, so lange unsere Mitgliedschaft besteht. Im ganzen fanden 11 Mitgliederversammlungen, 6 öffentliche und 1 Generalversammlung statt. Die Beitragsentgelte sind auch nicht schlecht zu nennen. Kollege Bröhl stellte den Antrag, der Verwaltung eine Gratifikation zu gewähren, was einstimmig angenommen wurde. Die Kollegen Seidel und Brückner wurden für ihr bisheriges Amt wieder und an Stelle des Schiffsführers, Kollegen Scheller, der sein Amt niedergelegt, Kollege Würfler neu vorgeschlagen. Die Konsiloren, die Mitglied der Bauarbeiterforschungskommission wurden auch wiedergewählt. Ins Kartell wurden zwei Kollegen neu hinzugefügt. Alsbald erhielt Kollege Bröhl den Bericht der Bauarbeiterforschungskommission, woraus zu erkennen ist, daß hier in Werdau noch recht viele Lehrlinge vorhanden sind. Kollege Würfler rügte die Laune der Kollegen, da sie die Fälle immer zu früh oder gar nicht wählten. Derselbe Kollege machte im Auftrag der Grümmitschauer Mitgliedschaft den Vorschlag, als Delegierten unser Verband einen Grümmitschauer Kollegen aufzuholen, nicht etwa als egoistische, sondern aus tatsächlichen Gründen. Hierüber entspann sich eine lebhafte Debatte. Nach einem kräftigen Mahnwort zur Agitation für das „Sächsische Volkblatt“ schließt der Vertrauensmann die Versammlung.

### Beiträge zum Lehrlingswesen.

#### Gau Stuttgart.

Am 22. Februar 1902 fand sich in den Stuttgarter Tageszeitungen folgende Bekanntmachung:

Nach den Bestimmungen des neuen Handwerkergesetzes darf vom 1. Oktober 1901 an niemand den Meisterbrief führen, der nicht eine ordentliche Lehrzeit in seinem Gewerbe durchgemacht und die Gesellenprüfung bestanden hat.

Um im Maurergewerbe, soweit es vermögen, im Interesse eines tüchtigen Gesellen- und Meisterstandes Ordnung zu schaffen, haben die Mitglieder des Baugewerbevereins Stuttgart beschlossen, von jetzt an allgemein sogen. „Speisbuben“ nicht mehr einzuführen, dagegen junge Leute, die das Maurergewerbe ergreifen und erlernen wollen, als Maurerlehrlinge aufzunehmen und solche wie die Steinbauerlehrlinge in unsere Stammrolen einzutragen, was wir hierdurch zur öffentlichen Kenntnis bringen.

Die das Lehrberthält betreffenden wichtigen Bestimmungen der freien Genossenschaft sind folgende:

1. Die Lehrzeit dauert drei Jahre in der Weise, daß für beide bindende Arbeitsdauer pro Jahr je vom 1. April bis 31. Oktober bemessen wird. Bei vorhandener Arbeitsgelegenheit und günstiger Witterung ist jedoch eine längere Arbeitsdauer nicht ausgeschlossen.

2. Der Lehrling hat sich nach Ablauf der Lehrzeit einer Gesellenprüfung zu unterziehen.

3. Der Lehrling erhält als Vergütung im ersten Jahre nicht unter 15,-, im zweiten Jahre nicht unter 18,- und im dritten Jahre nicht unter 25,- pro Stunde.

4. Von Frühjahr 1905 an werden von den Mitgliedern des Baugewerbevereins Stuttgart nur solche Zimmereure in Arbeit genommen, die sich einer Gesellenprüfung unterzogen haben.

Stuttgart, im Februar 1902.

Der Vorstand des Baugewerbevereins Stuttgart.

G. Büch.

Sie mancher unserer Kollegen hat sich nach Besammlungen des Zweigvereins Böblingen hingeben, daß nunmehr endgültig mit dem alten, unhaltbaren Zustand des „Speisbuben-Systems“ gebrochen wurde und auch das Maurergewerbe in Süddeutschland einen in einer „ordnungsmäßigen“ Lehrzeit zu einem tüchtigen Gesellen herangeführten Nachwuchs erhalten werde. Wer die Wortsicher der Stuttgarter Bauunternehmer nur oberflächlich kennt, sollte allerdings annehmen, daß die Vitalität des Baugewerbevereins mit voller Energie durchgeföhrt würde. Doch diese rücksichtlose Energie ist nur dann vorhanden, wenn es sich um den Schug des gehörigen Profils der Bauunternehmer handelt, nur dann nämlich, wenn es gilt, die Forderungen der Arbeiter nach kleinen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

„Ideal Interessen vertreten wir nicht“, sagt Bölling bereits 1899 in „Körner“ auf der Generalversammlung des „Arbeitsgebiets für das Baugewerbe“. Was kümmert es den gehörigen Bauunternehmer, ob ein solider Geselle und Meisterstand herangeführt wird? Der Profit ist zweifellos größer, wenn die jungen Leute als Handlanger verwendet werden, wenn gegen Löhne von M. 1,50 bis M. 2,50 das gleiche Arbeitsquantum erzielt wird, für das man einen Handlanger M. 3,50 bis M. 4 zahlen müßte. Ferner ist es zu bequem, wenn man den Speisbuben zu jederzeit entlassen kann, während man bei regelmäßiger Lehrlingswesen doch wenigstens im Sommer für regelmäßige Beschäftigung sorgen müßte. Auch ist der Unternehmer beim Speisbuben gegenüber einem Lehrling infolge im Vorteil, als er den Bedarf der Fortbildungsschule damit umgehen kann. Endlich ist es auch für die Unternehmer sehr ungemein praktisch, wenn sie die gegenüber anderen Orten umgemein niedrigen Löhne damit begründen können, daß ein großer Teil der Maurer nicht „fertig“ sei, weil er eben keine geregelte Lehrzeit durchgemacht habe.

Unsere Anfragen über das Lehrlingswesen in den einzelnen Zweigvereinen haben zu dem Ergebnis geführt, daß im ganzen Bau von einer geordneten Lehrlingsausbildung eine Rede sei. Am beispielhaftesten für die außerordentlich rücksichtsvollen Verhältnisse sind jedenfalls die Antworten, die uns bereitwilligst von den vier württembergischen Handwerkskammern übermittelt wurden, weil bei diesen Antworten eine etwaige Verschleierung oder Verdeckung der Tatsachen zu Ungunsten der Unternehmer vollständig ausgeschlossen erscheint.

Die Heilbronner Handwerkskammer teilt mit, daß bei uns insgesamt 188 Lehrlinge aus dem Maurergewerbe eingemeldet sind. Die Löhne, die den Lehrlingen gewährt werden, sind uns nicht bekannt. Die Lehrzeit beträgt für alle Maurerlehrlinge mindestens 3 Jahre und sie wird wie alle anderen Handwerkslehrlinge zum Brüder der gewerblichen Fortbildungsschule bezüglich auf dem Lande der allgemeinen Fortbildungsschule verpflichtet.“

Die Reutlinger Handwerkskammer berichtet folgendes: „Die Zahl der im unserem Kammerbezirk (württembergischer Schwarzwaldkreis) angemeldeten Maurerlehrlinge beträgt zur Zeit 176. Doch bemerkt wird, daß nach unseren Beobachtungen eine beträchtliche Zahl nicht angemeldet ist und sich die Unternehmer beim Speisbuben gegenüber einem Lehrling leichter auskönnen.“

Die Reutlinger Handwerkskammer berichtet folgendes: „Die Zahl der im unserem Kammerbezirk (württembergischer Schwarzwaldkreis) angemeldeten Maurerlehrlinge beträgt zur Zeit 176. Doch bemerkt wird, daß nach unseren Beobachtungen eine beträchtliche Zahl nicht angemeldet ist und sich die Unternehmer beim Speisbuben gegenüber einem Lehrling leichter auskönnen.“

Die Handwerkskammer Ulm schreibt: „Auf das Schreiben vom 25. September teilen wir Ihnen mit, daß nach einer auf den 1. Januar d. J. aufgestellten Statistik in unserem Kammerbezirk 313 Maurerlehrlinge angemeldet sind. Die Löhne sind sehr verschieden und bewegen sich im ersten Jahr zwischen 5 und 22,-, im zweiten zwischen 10 und 25,- und im dritten zwischen 18 und 28,- pro Stunde. Die Lehrzeit ist in den meisten Fällen auf drei Jahre festgesetzt, in verschwindenden Ausnahmen auf 4 Jahre. Mit dem Besuch der Fortbildungsschule steht es zum größten Teile sehr schlecht. Auf dem Lande ist den jungen Leuten nur Gelegenheit zum Besuch der allgemeinen Fortbildungsschule geboten, und diese bietet für Gewerbelehrlinge zu wenig. Die in den Säden lernenden Leute rekrutieren sich vielfach aus den umliegenden Dörfern und gehen Abends nach Hause; auch diese besuchen nur die allgemeine Fortbildungsschule. Einmal hierfür bietet ein bürgerlicher Werkmeister seinen Lehrlingen in übler Weise Unterkunft und einen ganzen Lehrgang für Maurer in einem Hof zusammenge stellt und gibt den jungen Leuten im Winter einige Nachmittage in der Woche Unterricht. Der kleinste Teil befreit die gewerbliche Fortbildungsschule. Eine Verbesserung in dieser Hinsicht wäre sehr wünschenswert und wäre auch eine dankbare Aufgabe ihrer Organisation.奈良市町村の手帳に記載されたのは、

Der Bericht der Stuttgarter Handwerkskammer für 1904/05 sagt: „Ein besonders wunderbares Punkt im Lehrlingswesen ist die Tatsache, daß weitauß die Mehrzahl der Lehrlinge im Maurer- und Gipserhandwerk als Speisbuben oder Handlanger ausgebildet werden. Weitester und Lehrlinge versuchen sich auf diese Art um den Abschluß eines Lehrvertrages zu drücken; des Lehrling, um sich die Ungebundenheit zu wahren und bei günstiger Konjunktur mit entsprechenden Lohnforderungen aufzutreten zu können, der Meister, weil ihm die jungen Leute, die das Maurerhandwerk lernen wollen, eine regelrechte Lehrzeit mit beständiger Gesellenprüfung nachweisen müssen, damit nur geübte Maurer sich als solche bezeichnen könnten.“

Der Bericht der Stuttgarter Handwerkskammer für 1904/05 sagt: „Ein besonders wunderbares Punkt im Lehrlingswesen ist die Tatsache, daß weitauß die Mehrzahl der Lehrlinge im Maurer- und Gipserhandwerk als Speisbuben oder Handlanger ausgebildet werden.“

Nach dem Stuttgarter Bericht wurden im Jahre 1902 84, 1903 48 und 1904 96 Maurerlehrlinge im ganzen Handwerkskammerbezirk geprüft, eine lächerlich geringe Zahl gegenüber den beständigen jungen Leuten, die tatsächlich den Nachwuchs für unser Gewerbe liefern müssen.

Einige Handwerkskammern tragen sich mit dem Gedanken, die Eintragung der Speisbuben in die Lehrungsrolle auf gerichtlichem Wege zu erzwingen. Die Stuttgarter Kammer



98 Aborten waren nicht dicht, 18 hatten keine Sitzgruben, nur 2 hatten; Holzfußböden hatten 12 Aborten. An einer regelmäßigen Reinigung oder Desinfektierung denkt kein Mensch. Eine Verordnung über Baubuden und Aborten fehlt man hier nicht. Pflegeranlagen konnte man nirgends finden. Urineimer waren nur an einem Staausbau aufgestellt. Die Gerüste lassen ebenfalls zu wünschen übrig. Besonders schlecht war es jedoch bei Saalbau in Überweselmar. Die Gerüststangen folten 10 cm im Durchmesser an der obersten Stütze sein, sie waren aber unten nicht stärker. Bei Baumann in der Wilhelmstraße arbeiten die Maurer in der dritten Etage, ohne nur ein bisschen Schutzausrüstung unter sich zu haben. An der Vorberichtsstelle liegen zwei bis drei Wohlen liegen, die übrigen drei Seiten jedoch waren von oben bis unten kahl. Da das Gerüstwerk in eine beschädigte Verordnung erlassen. Es wird also wohl in Zukunft gleich eines jeden Kollegen sein, für deren Durchführung besser einzutreten. Auch dürfte es wohl angebracht sein, bei Errichtung neuer Forderungen auch auf den Bauarbeiteraufzug mehr Bedacht zu nehmen. Ferner möchte auch die Bauarbeiterkommission von den Kollegen besser unterstützt werden. In eurem Berichtsstellat hängt ein Beschwerdeformular aus; die Kollegen können davon bestreben, mit Namensunterchrift versehen, abzugeben.

\* **Bautenkontrolle in Jena.** Am 22. November wurde auf Veranlassung der Bauarbeiterkommission eine Kontrolle der Bauten vorgenommen. Es wurden im ganzen 62 Bauten kontrolliert, woran 843 Arbeiter beschäftigt wurden. Von den 62 Bauten waren 4 Staatsbauten und 2 Kommunebauten. Die Unfallverhütungsbroschüren hingen auf den meisten Bauten gar nicht aus, und wo sie vorhanden waren, befanden sie sich in einem Zustand, der nicht zu befriedigen ist. In 18 Fällen waren keine Verbundräder vorhanden, vielfach waren sie in sehr schlechtem Zustand. (Bigarantie ist.) Eine Anweisung zur ersten Hilfeleistung kennt man in Jena nicht. An den Gerüsten schafften meistens die Brumme und Soefelsbretter, die das Abfallen von Steinen usw. verhindern sollten; in mehreren Fällen, und sogar am Staatsbau, war der Schutz auf dem geschildert, wurde, kein bösartig belegtes Gerüst angebracht, das ein Abstürzen bis zum Erdgeschoss hätte verhindern können, das beweist der Unfall, der sich an dem Staatsbau ereignet hat. Der Maurer Riedhardt stürzte vom Kletterer bis auf die Kellersohle und mußte bis zum heutigen Tage das Bett hüten. Schutzausrüstungen für Klemmpnet und Dachdecken sind eine Seltsamkeit. Was nun die Baubuden betrifft, so fehlten sie auf zwei Bauten ganz, 19 hatten keine dichten Seitenwände; bei 8 war die Durchdringung nicht wasserfest, in 9 Baubuden waren keine Fenster und in 18 waren sie nicht zum Leffnen eingearbeitet. Fenster waren nur in 37 und Türen nur in 9 Baubuden vorhanden. 20 Bauten waren ohne Ofen. Die Baubuden, aus Brettern hergestellt, gewichsen oft nicht den geringsten Schuh. Türrahmenstüben werden als Baubuden aufgestellt. Die Abortverhältnisse spotteten jeder Beschreibung. Auf zwei Bauten war gar kein Abort, 54 waren so angelegt, daß man von allen Seiten hineinsehen konnte, 12 hatten kein wasserfestes Dach, 35 keine Fußböden, 8 hatten keine Sitzgruben, 13 keine Türen, Lüonen oder Gruben gibt es nicht. Mehrere Aborten wurden angetroffen, die schon weit über das Maß voll waren, und darüber, um nicht zu verlieren, war notwendig. Urineimer gibt es nicht. Eine Bauverordnung, die die Bauten vom 1. bis 15. Oktober oder vom 15. Oktober bis zum April gedichtet sein müssen, besteht nicht. Schutz für die Gesundheit der baugewerblichen Arbeiter gibt es in Jena nicht, dafür aber Schutz für Arbeitswillige. Natürlich wurden auch mehrere Bauten von den Beamten der Thüringischen Baumaterialsversorgungsanstalt kontrolliert. Ob die Mithilfe, die der Beamtin vorgefordert hat, von den Unternehmern befehligt wurden, entzieht sich unserer Kenntnis, behaupten kann man aber, daß die Mithilfe, wenn sie wirklich befehligt wurden, in wenigen Tagen oder Wochen wieder bestehen werden.

\* **Bautenkontrolle in Gießen.** Die von den organisierten Arbeitern geschaffene Kommission hat am 28. November 82 Bauten kontrolliert, auf denen 412 Arbeiter beschäftigt waren. Unter den Bauten waren zwei für die Kommune. Nach der bestehenden Polizeiverordnung über den Schutz gegen äußere Witterungsseinflüsse waren nur 6 Bauten durch Fenster provisorisch gedichtet. Offene Kotschüsseln sind trotz Verbots noch in drei Bauten aufgestellt. Auf 18 Bauten fehlte zum Teil die Sicherung bei Laufbrücken, Treppen und Leitern; auf 9 Bauten waren unterhalb der Leitern, die zum Transport von Material dienen, keine Schutzdächer angebracht. Rutschbretter sind in den meisten Fällen unbefestigt, so daß Schutz und Steinbroden hindurchfallen können und Gesundheit und Leben der Arbeiter bedrohen. Fanggerüste bei Dacharbeiten sind fast niemals vorhanden. Leitergänge haben nirgends Handländer. Bei diesen miserablen Schutzausrüstungen sollte man mindestens erwarten, daß die Unternehmer für erste Hilfe bei Unfällen Sorge tragen würden. Es wird aber von überall berichtet, daß, wenn überhaupt Verbundräder vorhanden sind, diese als solche nicht bezeichnet werden können. Ein paar als Kästen zusammengelegte Bretter, die häufig ohne Deckel sind, enthalten ein flächiges Karbolwachs und etwas Betondampf; wenn es hoch kommt, noch etwas Heißplaster. Dieser im Staub und Schnitt befindliche Asphalt bildet mehr eine Gefahr als einen Schutz für die Verletzten. Die Baubuden werden häufig als Lagerplatz für Material und Werkzeuge benutzt und sind gar in einzelnen Fällen ohne Dach. In einem Fall verlängerten sich die Arbeiter, daß die Dache zu klein sei; eine andere Dache wird von den Arbeitern als Schneiseinstall bezeichnet, da die Kleidungsstücke an den Wänden verloren. Spülträger sind nirgends vorhanden. Sozusagen auch, wer es nötig hat, mag auf den meist nicht vorhandenen Fußböden stunden. Geradezu standlose Dinge werden über die Abortanlagen gestrichen. Türen sind in den seltsamsten Fällen vorhanden, so daß die Nachbarn überall hinschauen können. Meist sind über den Erdhäusern, wenn es hoch kommt, Lüonen oder Eimer und Tassen befestigt, die dann als Sitz dienen müssen. Die Erdhäuser werden gleich so groß gemacht, daß sie für die ganze Bauzeit reichen. Es soll aber auf einigen Bauten auch vorkommen, daß die Tonnen ausgeküßt werden. Fußböden sind hier Luxus. Auf einem Bau (Kurka) ist für 50 Personen ein Abort vorhanden. Die Berichte zeigen,

doch es notwendig und zur Besserung der Verhältnisse dringend erforderlich ist, daß gut behördliche Kontrolle Arbeiter hinzugezogen werden. Gestern sind die Arbeiter-Kontrolleure immer der Gefahr ausgesetzt, vom Bau gewiesen zu werden. Ganz besonders ist dies der Fall, wo die Verhältnisse am schlechtesten sind. So berichten zwei Kontrolleure von einem Ausbau (Grüne Woche), daß sich der Abort unter der Treppe befindet und sechs Personen in diese Treppe gehen müssen. Wahrscheinlich wäre von dort noch mehr zu berichten gewesen, wenn der Bauführer die freiwilligen Kontrolleure nicht vom Bau gewiesen hätte. Die Arbeiter sollten auf den einzelnen Bauten aber auch mehr für Einhaltung der Polizeiverordnungen sorgen. Die Maler berichten, daß immer noch sehr viel mit Bleisachen gearbeitet wird.

ATK. Schornstein aus Eisenen mit rohrförmigen Eisenenlagen. (Nachdruck verboten.) Schornsteine aus Beton, die durch eingelagerte Eisenstäbe armiert werden, sind allgemein bekannt und werden nach verschiedenem System ausgeführt. Neu ist die Idee, die zur Ausrüstung dienenden Eisenführern noch zu besonderen praktischen Zwecken nutzbar zu machen. Østar Klinz in Düsseldorf wurde ein Patent auf die Konstruktion eines Schornsteins gewährt, bei welchem an die Stelle maßiger Eisenstäbe eiserne Nöthen treten, welche die ganze Höhe des Schornsteins durchlaufen und unten am Soden wie oben am Schornsteinkopf mit der Außenluft in Verbindung stehen. Da insgesamt die Außenluft in die Röhren eintreten und emporschießen kann, so erhalten die in den Beton eingebetteten Nöthen den Charakter von Heißluftkanälen, die durch die starke Hitze des unteren Schornsteins in hohem Grade erweitet werden. Die erhöhte Luft steigt in den Röhren aufwärts, überträgt also die Hitze auf den oberen Teil des Schornsteins und kann hier in irgend einer Weise nutzbar verwendbar werden. So kann z. B. rings um den oberen Teil des Schornsteins in ähnlicher Weise ein Warmluftsoffner für industrielle Zwecke angelegt werden. Man lädt die Höhe an dieser Stelle aus dem Betonmauerwerk des Schornsteins herausstreifen und schlängelförmig durch das mit Wasser gefüllte Reservoir hindurchziehen, wodurch man ständig einen großen Vorrat warmer Wassers ohne weiteren Aufwand von Material erhält. Etwas welche Bedenken gegen die Konstruktion wird man kaum gelten lassen können. Da sich Betonschornsteine mit Verstärkung durch Eisenstäbe gut bewähren, so wird man unbedenklich den Eisenenlagen auch röhrenförmigen Querschnitt geben können. Andernfalls wird diese sonst nutzlos empfindende Heißluft hier in recht zweckmäßiger Weise nutzbar gemacht.

## Polizei und Gerichte.

\* Der Wille der Polizei ist höchstes Gesetz. Am 24. November meldete Kollege Schulz in Posen eine Mitgliederversammlung bei dem Königl. Polizeidirektions-Kommissariat in Glogau bei Posen für den 27. November d. J. an. Der Kollege, der die Anmeldung übermittelte, erfuhr, daß noch nichts, bevor er die Anmeldung abgab, beim Inhaber des Lokals, ob die Versammlung auch Dienstag, den 27. November, abgehalten werden könnte. Da der Dienstag anderweitig besetzt war, so einging man sich auf den Mittwoch. Darauf nahm der Kollege die Änderung in der Anmeldung selbst vor. Am 25. November befand Schulz per Post unter Zustellungsurkunde folgende zwei Schreiben zugestellt. Das eine Schreiben lautete:

### Bescheinigung!

Dem Unternehmer (resp. Einbrecher), Herrn Wilhelm Schulz zu Posen O. 1., Halbdorfstraße Nr. 19, wird hiermit bestätigt, daß er eine am Mittwoch, den 28. November d. J., Abends 8 Uhr, im Saale des Gathmirs Vench hierbei, Hauptstraße, stattfindende Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands am gestrigen Nachmittage schriftlich angemeldet hat.

Glogau, den 25. November 1906.

J.-Nr. 3242/06. Der Königl. Distrikts-Kommissar I. Ang.

Das andere Schreiben hatte diesen Wortlaut:

Der Königl. Distrikts-Kommissar. Glogau, den 25. 11. 1906. J.-Nr. 3242/06. II. Ang.

Zu der Angelegenheit, betreffend die von Ihnen für Mittwoch, den 28. d. Mts., im Benischischen Lokale hierbei angemeldeten Versammlung von Mitgliedern des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, benachrichtige ich Sie hierdurch, daß die höchste Beucherzahl des Benischischen Saales auf 216 Personen festgestellt worden ist (auschließlich einer Vorstandsmitsglieder).

Ich ersuche Sie, dafür Sorge tragen zu wollen, daß sich eine größere Anzahl von Besuchern zu der in Aussicht genommenen Versammlung nicht einfindet, und daß die etwa über diese Zahl hinaus eintretenden den Anordnungen der Gendarmerie-Wachmeister abschließen Folge leisten, wodrigentfalls sich diejenigen der Gefahr ausgesetzt, eventuell wegen Auslaufs, Aufzugs oder Landfriedensbruchs bestraft zu werden.

An Herrn Wilhelm Schulz in Posen, O. 1., Halbdorfstraße 19. Distrikts-Kommissar. G. B. II.

Schulz, der von der vorerwähnten Tagesänderung nichts wußte, fügte denselben Tag, am 26. November, nach Glogau, um den vermehrten Saal zu abwarten. Die Anmeldung befand sich aber nicht auf dem Bureau, und so meldete S. noch eine Versammlung für Dienstag an und verlangte darüber eine Bescheinigung. Der Amtierende weigerte sich, eine solche auszustellen. Als S. sich auf nichts anderes einzulassen wußte, sagte der Vertreter: Er wisse nicht, ob er die Anmeldung überhaupt annehmen dürfe, da der Kommissar nicht anwesend sei. Durch S. aufmerksam gemacht, daß doch Bureauaufgaben seien, erwiderte der Amtierende, des Nachmittags seien keine Bureauaufgaben, daß das Bureau des Nachmittags freies, sei nur zur Bequemlichkeit des Publikums eingerichtet. S. erwiderte, daß auch er nur den Bequemlichkeit Gebrauch mache. Schließlich wurden beide sich einig, daß die Bescheinigung dem Gathmir B. abgegeben werden solle. Es kam aber anders. S. ging auf dem Rückweg dem Gathmir vor, da er nichts Gutes ohn' und erfuhr, daß des Sonntags der Distrikts-Kommissar mit zwei Gendarmen den Saal ausgemessen und den Gastwirt befehlt habe, daß die Maurerversammlung nicht stattfinden dürfe. Am Dienstag Mittag kamen dann auch bereits durch einen Brief-

boten zwei weitere Schreiben. Das eine war die Bescheinigung über die erfolgte Verhandlungserlaubnis und das zweite hatte folgenden Inhalt:

Der Königl. Polizei-Direktor. G. B. II. Glogau, den 27. November 1906. J.-Nr. 3268/06

Nachdem der Gastwirt Josef Vench hierbei erklärt hat, daß er mit der von Ihnen erzielten Genehmigung zur Abhaltung einer Versammlung in seinem Saale nicht einverstanden sei und seinen Saal für diesen Zweck nicht hergibt, wird die Ihnen angemeldete Versammlung hiermit polizeilich untersagt.

Ich ersuche Sie, dafür Sorge zu tragen, daß Ansammlungen von Personen nicht stattfinden und das die etwa hier eintreffenden Personen den Anordnungen des Gendarmerie-Wachmeisters ungefährliche Folge leisten, wodrigentfalls sich dieselben Gefahr aussetzen, ebenso wegen Auslaufs, Aufzugs oder Landfriedensbruchs bestraft zu werden.

An Herrn Wilhelm Schulz. Greulich. Polen, Halbdorfstraße 19.

Es ist wahrhaftig toll, wie das Vereins- und Versammlungsrecht von der Polizei den Arbeitern gegenüber mit Füßen getreten wird. Mit diesen beiden Aktenstücken lief auch noch eine Depesche von dem Gathmir ein, die so lautete:

Wilhelm Schulz, Halbdorfstraße 19.

Die von meiner Erfahrung erzielte Genehmigung zur Abhaltung einer Versammlung in meinem Saale, ziehe ich hiermit zurück, weil ich damit nicht einverstanden bin. Joseph Vench.

Wenn man bedenkt, daß der Wirt ein Pole und des Deutschen wenig mächtig ist und daneben das Altersstück der Polizei betrachtet, in dem das Verbot der Versammlung begründet wird, so ist ohne weiteres klar, daß die Polizei nicht nur die Abwendung der Despote veranlaßt, sondern sie auch verachtet.

In Glogau selbst wurde am Dienstag dann noch zu einem Neuerlass durch öffentliches Aufrufen bekannt gemacht, daß die Maurerversammlung nicht stattfinden dürfe. Und da will der Reichsgraf Posadowsky der Arbeiterschaft noch was machen, daß das Monstrum vom Geier über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine zu keiner politischen Ghitane Verlassung geben kann, wenn die Polizei der Wächter ist? Dumme werden's glauben!

\* **Zweiterlei Recht.** Vor dem Schöffengericht zu Neustadt a. d. H. hatten sich dieser Tage zwei Maurermeister zu verantworten, die gelegentlich des Maurerstreiks in Glogau auf der Straße zwei Arbeiter überfallen hatten, die nicht das getatige von ihnen wollten. Bedingt der Grund, daß sich die Leute in einer Wirtschaft als Sozialdemokraten erklärten hatten, genügte den Wohltingen, die Arbeiter zu Boden zu werfen und mit den Schirmen derer zu mißhandeln, daß sie zehn Tage arbeitsunfähig waren. Dem einen wurde ein Geschäftsrathen verhängt und auf beiden wurde mit den Fäusten herumgetrampelt. Die beiden Männer wurden A. 30. bzw. A. 9. Geldstrafe verurteilt. Im anderen Falle war der Angeklagte ein Spinner in Born und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grund den "Einbruch", daß der Spinner ihm auslaufen wollte, und richtete eine enttäuschende Frage an ihn. Darauf geriet der Spinner in Zorn und verlor dem anderen eine einzige Öhrfeige. Der Amtsgerichtsvorsteher, am Samstagvormittag erbeizt, bestätigte war. Er wurde Abends auf der Straße von einem Burschen angehalten, dessen Schweißstreitleid bestätigte. Dieser Bursche hatte nun aus

Welle anbrachten? „Somöd!“ antworteten die Angeklagten. Die „Arbeitswilligen“, die sich angeblich so sehr gefürchtet habend, dass sie dem Unternehmer und einem Hamburger Richter vor dem Vorfall machen, waren in Wirklichkeit aber gar nicht bang, denn sie sind bald darauf den Angeklagten „auf den Leim gerückt“ und haben Fabrigel zur Abreise verlangt. Als ihnen das nun verweigert wurde, weil man sie mit Recht für unschuldige Kompromittie hielt, gingen sie ganz hilflos wieder an ihre Streitkraftsgesellschaften. Die „Drohung“ hat also den Beugen auf nicht gehabt, und der Verteidiger der Angeklagten hält es auch Amtswahl mit Recht vor, dass es doch viel näher gelegen hätte, die Anklage wegen einfacher Beleidigung zu erheben, weil dann, wenn nicht auf Freiwilligkeit, auf eine geringe Geldstrafe erlassen werden könnte. Die Vermutung läge sehr nahe, dass die Anklage nur deshalb auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung erhoben worden ist, um den Angeklagten die Möglichkeit zu entziehen, mit einer Geldstrafe davon zu kommen. Der Gerichtsdienstliche meint, das gehörte nicht zur Sache, und der Amtswahl erwiderte, er selbst habe die Anklage nicht gemacht; er müsse sie aber vertreten und könne nach § 153 der Gewerbeordnung keine andere, als eine Freiwilligkeitsstrafe beantragen. Der Verteidiger da, wenigstens Bergereben gegen die Gewerbeordnung, dass sie die Gelegenheit geboten, die Angeklagten eine niedrige Geldstrafe zu verhängen. Untere wunderbaren Gelege sind in diesem Falle so, dass, obwohl eine Lai mehr hingutzen, aus Geldstrafe erlassen werden kann, während ein Verstoß gegen § 153 der Gewerbeordnung mit Gefängnis geahndet wird. Das Gericht folgte dem Rechte des Verteidigers und nahm Bergereben gegen § 153 der Gewerbeordnung in idealer Konkurrenz mit Beleidigung nach § 153 als verliegen an; aber es verurteilte trotzdem Pilger und Hoffmann zu je einer Woche und Beyer zu zehn Tagen Gefängnis. Prominent wurde freigesprochen. Die „Aufzehrung von der heiligen Flucht“ war nicht als unerlaubtes Mittel angesehen. Die übrigen Angeklagten wurden als Drohungen im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung angesehen.

**Kein Haussiedlungsbruch.** Der Kollege Franz Martin in Bremen war am 8. Oktober d. J. von dem dortigen Schöffengericht wegen Haussiedlungsbruch zu einer Geldstrafe von M 80 event. sechs Tagen Gefängnis verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte er Berufung eingelegt. In der Verhandlung vor dem Landgericht ergibt sich folgender Tatbestand:

Über die Bauten der Firma Büthe war im August d. J. von Seiten der Maurer die Sperrre verhängt worden. Am Morgen des 7. August ging Martin im Auftrage des Verbands nach einem Bütheschen Bau an der Geibelstraße, um zwei Maurer, die noch arbeiteten, auf die Sperrre aufmerksam zu machen. In der Nähe des Baues traf M. dann den bei der Firma Büthe beschäftigten Maurerpolier Kruse, mit dem er sich etwa eine halbe Stunde über die Differenzen unterhalten hat. Nach den Angaben des Angeklagten und der eidlich vernommenen Zeugen Schwiebert und Kräger hat Kruse bei dieser Unterredung die Neuherierung gemacht, sie (die Maurer) sollten nur machen, dass sie die beiden anderen Arbeiter auch von dem Bau trennen. Martin ging kurz darauf nach der Baustelle, um dem vom Verband erhaltenen Auftrag auszuführen. Als M. sich wieder von dem Bütheschen Bau entfernen wollte, hatte er noch ein Gespräch mit dem Techniker Niemeyer, der ihm wegen seines Verhaltens Vorhaltungen machen wollte. Der Polier Kruse sollte sich vor Gericht nicht mehr erinnern, dass er den Angeklagten und dessen Zeugen gegenüber eine ähnliche Neuherierung wie angegeben, gemacht habe. Erst durch wiederholtes Befragen des Verteidigers und des Vorsitzenden hemmte Kruse, dass er für den einen Arbeiter allerdings keine Sympathie hatte, und fügte dann hinzu: „Es ist möglich, dass ich im Laufe des Gesprächs ein derartiges Wort gefasst habe; ich kann mich der Worte nicht mehr so genau erinnern.“ Außer diesen von dem Zeugen bestätigten Schlussbehauptung wurde von dem Angeklagten der Vertrag angeführt, der zwischen Unternehmern und Maurerorganisation geschlossen wurde. Nach dem Inhalt dieses Vertrages durften die Bauten nur gemeinschaftlich von je einem Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter kontrolliert werden. Mit Rücksicht auf diese Vertragsbestimmung befand der Beschuldigte, dass während einer Sperrre derartige Abmachungen gewohnheitsgemäß außer Kraft gesetzt würden; ferner habe er sich zum Betreten des Baues für berechtigt gehalten, weil sich die Unternehmer nicht und Behrens weigerten, mit ihm gemeinschaftlich die Bauten zu kontrollieren.

Das Gericht verzichtete auf die Vernehmung der sämtlichen Zeugen und kam nach längeres Beratung zu der Ansicht, dass der Angeklagte den Bau in der rechten Art betreten habe. Nach dem bezeichneten Vertrage hätte der Beschuldigte nicht die Befugnis, den Bau betreten zu dürfen, das Recht stehe ihm nur in Gemeinschaft mit einem Unternehmer zu. Die Frage, ob der Angeklagte bewusst oder unbewusst gehandelt habe, löste nach der Beweiseraufnahme nicht die Zweifel, dass der Aufforderung des Poliers Kruse habe der Angeklagte geglaubt, den Bau betreten zu können. Zwei Zeugen hätten eidlich beurteilt, dass Kruse in der Tat eine solche Neuherierung gemacht hat, und Kruse selbst könne nicht mit Bestimmtheit sagen, dass er die benannte Neuherierung nicht gemacht hat. Deshalb lasse sich die Schlussbehauptung des Angeklagten, er habe sich zum Betreten des Baues für berechtigt gehalten, nicht widerlegen. Das Urteil lautete auf Freispruchung. Die Kosten der Berufung fallen der Staatskasse auf.

**Berurteilter Streitbrecher.** „Da haust Du einen schönen Bauern raus!“ sagte beim Fürstnergericht Streit der Maurer Max Huber zu dem „arbeitswilligen“ Steinbauer Xaver Schenck, den er bei der Arbeit vor einem Neubau beobachtete. Der Ausbruch soll eine scharfe Begegnung für eine nicht ganz ordnungsgemäße Arbeitsausführung sein. Der „arbeitswillige“ schlug sofort mit der Nächte auf den Kritik ein, so das die Lai brach; dann war er ihn zu Boden. Zwischen ihm und dem Unternehmer Vollmerger hinzu und als Huber aufsetzen wollte, schlug auch der Unternehmer auf H. ein. Der Geschlagene kam nun noch wegen Bergereben gegen § 153 der Gewerbeordnung vor Gericht. Der hinzugezogene Schwurgericht hatte ihn angezeigt und in der Anzeige bemerkt, der Ausbruch;

„da haust Du einen schönen Bauern raus“, sei eine Neuerung, die von den Streitenden oft gehraucht werde, um Arbeitswillige zu beleidigen und zur Teilnahme am Streit zu veranlassen. Das Gericht sprach Huber jedoch frei; dagegen wurden der Unternehmer und sein Streitbrecher wegen Körperverletzung zu je drei Tagen Gefängnis verurteilt.

### Verchiedenes.

**Über die Personen- und Gewerbetarifreform.** Es wird der „Reichsanziger“ mitteilen, zwischen den deutschen Bundesregierungen in allen Punkten ein volles Einverständnis erzielt worden. Für die Reform sind folgende Grundzüge maßgebend:

#### 1. Fahrpreise für Personenverkehr:

Mindesteinheitspreise für 1 Personenkilometer:	I. Klasse 7,-	7,-
	II. " 4,-	4,-
	III. " 3,-	3,-

niedrige Klasse (IV) oder — in Bayern, rechts des Abens, und Baden — IIIb) ..... 2,-

#### 2. Wegfall der Rückfahrtkarten zu ermäßigten Preisen:

8. Festes Schnellzugausflüge:	Mit 1—75 km M 0,50 in 1.—2. Klasse, M 0,25 in 3. Klasse.
	76—150 : 1—1,2—0,50 3,—
	über 150 : 2—1,2—1—3,—

#### 3. Gedächtnis:

Gedächtnis für Sendungen im Gewicht bis zu 200 kg:

Gewicht	für die angefangene 25 kg:	
	Auf Entfernung von	A
Nahzone 1 bis 25 km	0,20	
I. 26—50	0,25	
II. 51—100	0,50	
III. 101—150	0,75	
IV. 151—200	1,—	
V. 201—250	1,25	
VI. 251—300	1,50	
VII. 301—350	1,75	
VIII. 351—400	2,—	
IX. 401—450	2,25	
X. 451—500	2,50	
XI. 501—600	3,—	
XII. 601—700	3,50	
XIII. 701—800	4,—	
XIV. über 800	5,—	

Für schwereres Gedächtnis, das auf eine Fahrtzeit ausgegeben wird, kommen dieselben Sätze mit der Maßgabe zur Anwendung, dass das 200 Kilogramm übersteigende Gewicht doppelt zu rechnen ist.

(Der Tarif findet nur Anwendung bei gleichzeitiger Lösung einer Fahrtzeit.)

#### 4. Allgemeine Ausnahmesätze:

a) Zusammenstellbare Jahrescheinheiten des Vereinsverkehrsvertrags.

##### Kilometrische Einheitssätze:

I. Klasse 7,3,-

II. " 4,-

III. " 4,9,-

Die Fahrcheinheiten berechtigen zur Benutzung alter Züge.

b) Erniedrigte Preise für Kinder und für Monais, Schüler und Arbeitersachen.

c) Fahrtzeitverlängerungen im Anschluss an die betreffenden Verhältnisse für Ausflüge al wissenschaftlichen und bedeutenden Zwecken, für Schulsaftrien und Ferienkolonien, zu milden Zwecken usw.

d) Erniedrigte Mindesteinheitspreise für Sonder- und für Feriensonderzüge.

#### 6. Abweichungen:

Allgemein vorbehaltene für den Stadt- und Vorortverkehr sowie für den Sonntagsverkehr.

Zur Aufhebung kommen insbesondere die bayerischen, württembergischen und badischen Fahrcheinheiten, die württembergischen und oldenburgischen Landesarten und die badischen Kilometersätze.

Borauslischlich wird der neue Tarif am 1. Mai 1907 eingeführt werden.

\* Die moderne deutsche Konsumvereinsbewegung erschafft eine interessante Bedeutung durch das vierjährige Buch des Centralverbandes deutscher Konsumvereine, das soeben im Verlage der Verlagsanstalt dieses Verbandes, H. Kaufmann & Co. in Hamburg, erschienen ist. Die Zahl der dem Centralverband angegliederten Konsumvereine hat sich in den letzten Jahren außerordentlich vermehrt. Hand in Hand damit ist eine innige Stützung der einzelnen Vereine und der gesamten Bewegung gegangen. Außer 827 Konsumgenossenschaften gehörten Ende des Jahres 1905 dem Centralverband noch die Großgenossenschaft und 27 Gewerkschaftsvereine an. Von den Konsumgenossenschaften haben 787 Vereine mit 715 925 Mitgliedern die Staatskasse berichtet. Es waren bei diesen 7441 Personen in der Warenverteilung und 1280 Personen in der Warenproduktion beschäftigt. Sie ergaben einen Jahresumsatz von M 188 418 769. Die 20 Produktionsgenossenschaften, die zur Statistik berichteten, hatten Ende 1905 3310 Mitglieder, beschäftigten 645 Personen und hatten M 2467 472 Umsatz. Die Großgenossenschaft hat 1905 M 38 780 194 Umsatz und wird er im laufenden Jahr voraussichtlich auf M 45 000 000 stiegeln. Was den Mitgliedern der Vereine durch die genossenschaftliche Organisation gehabt worden ist, ersieht man daraus, dass die Konsumgenossenschaften, obwohl sie ihren Mitgliedern durchweg billige Waren und reelles Gewicht geben als der private Handel, noch einen Preisgewinn von M 17 939 028 im Jahre 1905 erzielt haben, die teils zur Stärkung und Erweiterung des Geschäfts verwandt, teils an die Mitglieder in Gehalt von Pfundvergütung ausbezahlt wurden. Die 20 Produktionsgenossenschaften hatten einen Preisgewinn von M 91 140, die Großgenossenschaft von M 288 603.

Die Großgenossenschaft hat ihr Stammpatent im laufenden Jahre auf eine Million Mark erhöht.

Schön viele der Konsumvereine haben besonders in den letzten Jahren Produktionsabteilungen eingerichtet. Im Jahre 1905 sind für M 17 464 126 eigenproduzierte Waren von den Konsumvereinen umgesetzt. Die Eigenproduktion der Konsumvereine im Verband übersteigt also die der eigentlichen Produktionsgenossenschaften etwa um das Fünffache. In erster Linie beschäftigen sich die Konsumvereine mit der Herstellung von Badewaren. Circa 180 Genossenschaften haben eigene Bäckereien,

zum größten Teil fabrikähnliche, mit den modernsten technischen und hygienischen Errungenschaften ausgestattete Bäckereien. Daneben findet sich in kleinerem Umfang Schlächtereibetrieb, Fleischwarenladerei (17 Vereine), Käseherstellung, Bäckerei- und Konfection (je 5), Umschlagen und Mineralwasserfabrikation (4), Mosterei und Müller (je 3), Zigarettenfabrikation und Dekillation (je 2), und vereinzelt Tischlerei, Schuhwaren, Büchsen, Fleis-, Sauceraufbereitung usw. Das Anteilssatz der Konsumvereine hatte Ende des Jahres 1905 eine Höhe von M 14 089 602 erreicht, die angehäuften Rente eine Höhe von M 8 715 650. Es kommt also auf das Mittel der Konsumvereine ein durchschnittliches Betriebskapital von rund M 80, ein immer noch sehr bescheidener Betrag, verglichen mit den M 230, die in England durchschnittlich jedes Konsumvereinsmitglied allein als Anteilskapital in seinem Betrieb haben. Alle Konsumvereine haben zusammen Grundbesitz im Wert von M 22 274 108, dem eine Hypothekendarleistung von M 44 749 429 gegenübersteht.

Über die Jugendarbeit der Genossenschaftsmitglieder zu den verschiedenen Berufsgruppen macht das Jahrbuch folgende Mitteilungen: Es waren in den Genossenschaften 11 549 lebensfähige Landarbeiter, 27 968 Angehörige der freien Berufe, Staats- und Gemeindebeamte, 486 798 gewerbliche Lohnarbeiter und Angestellte, 16 070 landwirtschaftliche Angehörige und 40 660 Personen ohne bestimmten Beruf.

Möge das moderne Genossenschaftswesen sich auf dieser unzweckhaften Basis fröhlig weiter entwickeln.

### Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 11 des 25. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Hefts heben wir hervor: Preußische Polizeipolitik. — Die Landesorganisationen der Preußen. — Wilhelm Dittmann Frankfurt a. M. — Der Reichstagwettbewerb gegen die gewerbländlichen Berufsvereine. Von Josef Herzfeld. — Friedrich Wilhelm IV. und Samphagen. Von Hermann Wendel. — Die Schule der Zukunft. Von H. V. Adams-Lohmann (Schub). — Zum Stand und zum Ausbau der Jugendkirchenbewegung. Von Heinrich Schulz. — Notizen: In der bayerischen Holzindustrie-Berufsgenossenschaft. Von E. G. Literaturidee Mündschau: Braehaus Kleines Konversationslexikon. Von sw.

„Die jugendlichen Arbeiter und ihre Organisationen“ in der Tiel einer neuen Broschüre, die, von dem lebhaften Förderer der süddeutschen Jugendbewegung aus dem Genossen Dr. Ludwig Kraatz verfasst, soeben im Verlage der Buchhandlung Bormüller erschienen ist. In kurzen Zügen skizziert der Verfasser den Übergang der handwerklichen Produktion zum modernen Fabrikbetrieb, der auch die Ausdeutung der heranwachsenden Jugend in immer größerem Umfang schafft. Zahlreiche Beispiele führt der Verfasser zur Unterstützung seiner Auffassung an. Er zeigt sodann, wie der Staat sich gezwungen sieht, Schutzgesetze gegen die schrankenlose Ausbeutung zu erlassen, und wie die Staatsorgane die Handhabung dieser Gesetze treiben. Ein besonderes Kapitel ist der Lehrlingsfrage gewidmet. Ein Schlußkapitel wird die Notwendigkeit der Organisation der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge dargelegt, deren Köpfe gegen die Verbummung geschützt, in deren Herzen der Keim für künftiges Kreativitätsgeiste gelegt werden muss.

Der Preis der Broschüre ist 30,-, eine für die Massenverbreitung bestimmte Agitationssausgabe kostet 20,-. Zu beziehen in die Broschüre von jeder Buchhandlung, jedem Klopottier usw. Vereine und Gewerkschaften, die eine größere Auswahl der Agitationssausgabe beziehen wollen, mögen wegen besonderer Preisvereinbarung anfragen bei der Buchhandlung Bormüller, Berlin SW 68.

### Anzeigen.

### Sterbetafel.

Altenburg. Am 14. Dezember starb nach längerem Leid unter Verbandskollege Johann Köhler aus Oderwitzdorf.

Ehre seinem Andenken!

**Persianerungs-Anzeiger.**  
Die Verbandsstellen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Männer.

Dienstag, den 25. Dezember.

Artern. Nachm. 5 Uhr im „Weissen Schwan“.

Hintersee. Nachm. 2 Uhr. T.O.: Vorstandswahl. Debatte und Diskussion.

Mittwoch, den 26. Dezember.

Neuhardenberg. Nachm. 1 Uhr im Verein von Künzel.

Samstag, den 30. Dezember.

Schkeuditz. Nachm. 8 Uhr in Stichmüllers Restaurant. Anträge und Delegationswahl zum Verbandsstag.

Donnerstag, den 3. Januar.

Sommerfeld. Abends 8 Uhr im Vereinslokal.

Spandau. Abends 7/8 Uhr im Krumme Schönewalderstr. 80. Mitgliedskaffe.

Sonntag, den 6. Januar.

Letschau. Nachm. 8 Uhr bei Reißel.

Seehausen i. d. Altmark. Generalversammlung.

Wusterhausen. Am Freitagabend, 10 Uhr. Vorstand. Delegationswahl.

Sonntag, den 13. Januar.

Würzburg. Samstag, 10 Uhr im Gasthaus „Zum Löwen“. Delegationswahl zum Verbandsstag.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.